Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

zeichen
Nr. 1 | Frühling 2021

Mascha Kaléko

Heimweh, wonach?
Wenn ich »Heimweh« sage, sag ich »Traum«.
Denn die alte Heimat gibt es kaum.
Wenn ich Heimweh sage, mein ich viel:
Was uns lange drückte im Exil.
Fremde sind wir nun im Heimatort.

Nur das »Weh«, es blieb.
Das »Heim« ist fort.

MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Inhaltsverzeichnis

3 EDITORIAL

THEMA

4 Menschen auf der Flucht
Von Fiene Wolf und Günter Burkhardt

8 Leben im Kirchenasyl – Diana Namusoke hofft auf Anerkennung
Von Ute Brenner

12 Fluchtort Deutschland – politisch Verfolgte genießen Asylrecht!?
Von Katharina Stamm

16 Fluchtroute Mittelmeer und die Seenotrettung
Von Ute Brenner

18 »Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt!«
Interview mit Sandra Bils

20 Letzte Hoffnung Shanghai
Von Robert Zsolnay

24 Unsichtbar unter uns – Menschen in der Illegalität
Von Martina Liebsch

26 »Unsichtbar waren wir nie freiwillig«
Von Marina Weisband

29 »Viele sehen Geflüchtete nur als Menschen an, die Hilfe brauchen«
Interview mit Adam Bahar

32 »Niemand flieht ohne Grund«
Von Momodou K.

34 Keine sicheren Orte – Angriffe auf Geflüchtete
Von Heike Kleffner

38 »Der Stillstand in der Flüchtlingspolitik wird auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen«
Ein Gespräch mit Ilse Junkermann und Jutta Weduwen

FREIWILLIGE BERICHTEN

40 Das *Jeannette Noëlhuis* – ein Zuhause für Menschen mit oder ohne Papiere
Von Pia Pavelic

41 Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten: Hilfe zur Selbstbestimmung
Von Clara Marnitz

ANDACHT

42 Das Meer ist nicht mehr
Von Ute Gniewoß

»MENSCHEN AUF DER FLUCHT« IN LITERATUR UND LYRIK

46 Hinweise zu den Gedichten im Heft

TERMINE UND PUBLIKATIONEN

50 ASF-Jahrestagung

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 1, Frühling 2021, 49. Jahrgang
Auflage: 8.200 Exemplare
Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Jutta Weduwen (verantw.), Ute Brenner, Clara Brahms
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann
Telefon: 030 28 395 184 | Fax: 030 28 395 135
E-Mail: asf@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

BILD- UND QUELLENHINWEISE

Titelbild: aus privater Sammlung
Titelseite Gedicht: Mascha Kaléko – Mein Lied geht weiter: Hundert Gedichte, hrsg. von Gisela Zoch-Westphal, dtv 2007
Bilder Innenteil: S. 3: ASF-Archiv, S. 4: Picture Alliance/AP/Raad Adayleh; S. 7: epd-Bild/Thomas Lohnes, S. 8: ASF/Ute Brenner, S. 12: AFP/Tobias Schwarz S. 15: Picture Alliance/Reuters/Marko Djurica, S. 17: alamy stock photo/Majority World CIC, S. 19: epd-Bild/Thomas Lohnes, S. 21: gemeinfrei, S. 24: Wikimedia/CC-Zero, S. 26: Marina Weisband/Tibor Bozi, S. 33: ASF, S. 35: Picture Alliance/dpa/Jörg Carstensen, S. 40: Shutterstock/Melanie Lemahieu, S. 43: iStock, AnjoKan Fotografie

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn

ASF-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Editorial

Liebe Leser*innen,

»Heimat ist Zufall – dort wirst du geboren, hierhin vertrieben, drüben vermachtest du deine Nieren an die Wissenschaft. Glück hat, wer den Zufall beeinflussen kann. Wer sein Zuhause nicht verlässt, weil er muss, sondern weil er will.«

Diese Worte schreibt der Träger des Deutschen Buchpreises Saša Stanišić. Er floh 1992 als Jugendlicher mit seinen Eltern vor dem Bosnienkrieg und landete in Heidelberg. Er wäre fast abgeschoben worden. Durch Zufälle ist er auf Menschen getroffen, die ihn unterstützt haben. Deutsch ist die Sprache, in der er seine Bücher schreibt. Saša Stanišić ist ein Schriftsteller mit einer Fluchtgeschichte, er schenkt uns seine Literatur.

Menschen auf der Flucht – die meisten von ihnen haben kein Glück. Sie können den Zufall nicht beeinflussen. Sie verlassen ihr Zuhause nicht aus freien Stücken und finden selten den Schutz, der ihnen zustehen sollte. Einen Überblick über die aktuelle weltweite Situation von Geflüchteten geben uns Fiene Wolf und Günter Burkhardt.

»Kein Mensch flieht ohne Grund«, schreibt Momodou, der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling an einem ASF-Bildungsprogramm teilgenommen hat.

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht – so lautet Artikel 16 des Grundgesetzes. Dieses Recht, das die Bundesrepublik sich auch vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte des nationalsozialistischen Terrors gegeben hatte, wurde 1993 eingeschränkt. Katharina Stamm beschreibt, wie sich Asylrecht und Asylpolitik in fataler Wechselwirkung mit rassistischen und rechtspopulistischen Bewegungen veränderten. Einen erschreckenden Überblick über die rassistische Gewalt gegenüber Geflüchteten gibt Heike Kleffner.

Kirchenasyl ist ein kompliziertes Verfahren, das Geflüchteten Luft verschaffen soll, damit ihr Anliegen noch einmal geprüft wird. In den Ländern, in die sie abgeschoben werden sollen, droht ihnen erneute Verfolgung. Wir porträtieren Diana Namusoke, die aus Uganda fliehen musste und sich seit November 2018 in einer Berliner Gemeinde im Kirchenasyl befand.

Geflüchtete sind nicht nur Geflüchtete, sie sind nicht nur Menschen, die Hilfe brauchen. Sie bringen ihre Perspektiven ein und bereichern die Gesellschaften, in denen sie leben. Dies beschreiben auch Marina Weisband und Adam Bahar, die aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland gekommen sind.

Durch das Heft ziehen sich Gedichte und literarische Texte von Schriftsteller*innen, die gezwungen wurden, ihr Zuhause zu verlassen. Weil sie im Nationalsozialismus verfolgt wurden, weil sie vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen. Ihre Worte drücken Schmerz, Erschütterung, Verlust und Wut, aber auch feinfühlige Beobachtung und politische Einmischung aus. Die literarischen Werke sind geprägt von sprachlicher Sensibilität und auch Schönheit, sie verleihen unserem Schwerpunktthema einen besonderen Ausdruck.

Die Anliegen von Menschen auf der Flucht sind auch die Anliegen von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.* ASF setzt sich in Kampagnen, Freiwilligendiensten, Publikationen und Bildungsprogrammen für das Recht auf Asyl sowie die Teilhabe, den Schutz und die Begegnung mit Geflüchteten ein. Geflüchtete geben viel an uns zurück, wie auch unsere beiden Freiwilligen aus ihren Projekten in Amsterdam und London erzählen. Dafür sind wir dankbar.

Ich grüße Sie und Euch in herzlicher Verbundenheit

Jutta Weduwen
Geschäftsführerin

Das jordanische Flüchtlingslager Za'atari liegt an der Grenze zu Syrien und besteht seit 2012. Hier leben rund 80.000 Menschen.

Menschen auf der Flucht

Fiene Wolf und Günter Burkhardt

Wie viele Flüchtlinge gibt es derzeit weltweit und wo leben sie?

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf mehr als 80 Millionen angestiegen. Kinder und Jugendliche machen mit 40 Prozent einen großen Teil der Schutzsuchenden aus.

Mehr als die Hälfte von ihnen sind als sogenannte Binnenflüchtlinge innerhalb ihres Landes unterwegs. Traurige Spitzenreiter sind hier die Länder Kolumbien, Syrien, Kongo, Jemen, Somalia, Nigeria und Afghanistan. Viele fliehen aber auch in Nachbarländer. In absoluten Zahlen gesehen, leben mit rund vier Millionen die meisten Flüchtlinge in der Türkei, die Mehrheit von ihnen stammt aus dem Nachbarland Syrien. In Jordanien leben schätzungsweise 750.000 Flüchtlinge, mehr

als sieben Prozent der Bevölkerung. In Relation zur Bevölkerung hat das Land Libanon mit über 1,6 Millionen die meisten Flüchtlinge aufgenommen – fast jede siebte hier lebende Person ist ein Flüchtling, ebenso meist aus dem Nachbarland Syrien.

In der Europäischen Union leben derzeit nur etwa 3,5 Millionen Flüchtlinge – davon ungefähr 40 Prozent in Deutschland. Die Zugangszahlen sinken allerdings drastisch: 2020 wurden gerade mal 102.581 Asylerstanträge verzeichnet. Wenn man davon die hier geborenen Kinder (die nicht neu in das Land eingereist sind, für die aber trotzdem oft ein Asylantrag gestellt wird) herausrechnet, bleiben sogar nur 76.061 Asylerstanträge übrig. Das ist die niedrigste Zahl in Deutschland seit 2012.

Was sind die Fluchtursachen?

Menschen fliehen weltweit vor Krieg, bürgerkriegsähnlichen Zuständen, Verfolgung und Unterdrückung oder aus Existenznot. Vermehrt kommen Extremwetterbedingungen hinzu, die den Menschen die Lebensgrundlage entziehen. Häufig ist es ein Zusammenspiel von Klima, Konflikten, Hunger, Armut und Verfolgung.

Wie viele Flüchtlinge erhalten in Deutschland Schutz?

In Deutschland erhielten im Jahr 2020 nur 43 Prozent aller Asylsuchenden auch tatsächlich einen Schutzstatus. 32 Prozent der Anträge wurden nach inhaltlicher Prüfung abgelehnt. Viele der negativen Entscheidungen, die inhaltlich vom BAMF getroffen wurden, werden nachträglich von Gerichten korrigiert – 2020 war dies fast jeder dritte inhaltlich vor Gericht geprüfte Fall.

Knapp 25 Prozent wurden ohne inhaltliche Prüfung aus formalen Gründen abgelehnt – das ist zum Beispiel häufig der Fall, wenn Menschen für ihren Asylantrag auf einen anderen EU-Staat verwiesen werden, durch den sie zuvor durchgereist waren. Seit 2013 zwingt eine europäische Zuständigkeitsregelung (kurz: **Dublin-Verordnung**) die Schutzsuchenden strukturell, in den Ersteinreisestaaten zu verbleiben und dort ihre Asylverfahren durchzuführen.

Auf welche rechtlichen Grundlagen bezieht sich die Anerkennung der Fluchtgründe?

Die wichtigste internationale Grundlage zur Festlegung, wer ein Flüchtling ist und welche Rechte ihm zustehen, ist die Genfer Flüchtlingskonvention. Darin ist definiert, dass ein Mensch als Flüchtling anzuerkennen ist, wenn sie/er aufgrund ihrer/seiner (wie es damals formuliert wurde) »Rasse«, Zugehörigkeit zu einer Religion, zu einer Nationalität oder zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder aufgrund politischer Überzeugung staatlich verfolgt wird – oder wenn er/sie von diesem Staat nicht ausreichend vor einer solchen Verfolgung durch andere Bevölkerungsgruppen geschützt wird. Die Konvention hat auch Eingang in das europäische (EU-Qualifikationsrichtlinie) und deutsche Asylrecht (§ 3 Asylgesetz) gefunden.

Im europäischen Asylrecht gibt es zudem den »subsidiären Schutz«. Dieser tritt ein, wenn dem schutzsuchenden Menschen bei einer Rückkehr in ihr/sein Herkunftsland »ernsthafter Schaden« – so der Rechtsjargon –, die Todesstrafe, Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung droht – jedoch die Kriterien nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht erfüllt sind.

Wie gelangen Geflüchtete überhaupt noch nach Europa? Was hat sich durch das EU-Türkei-Abkommen geändert?

Ein restriktives europäisches Visa-Regime verhindert, dass Menschen, die vor Verfolgung und Krieg fliehen, sich einfach in ein Flugzeug setzen, an einem europäischen Flughafen einreisen und um Schutz bitten können. Die meisten Schutzsuchenden sind daher gezwungen, ohne gültige Einreisepapiere und mit der Hilfe von Schleppern zu fliehen. Das ist sehr gefährlich und häufig tödlich.

Die EU hat in den vergangenen fünf Jahren alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Flucht in die EU zu verhindern, vor allem mit dem EU-Türkei-Abkommen. In diesem hat sich die Türkei verpflichtet, Schutzsuchende an der Flucht in die EU über die Ägäis zu hindern. Außerdem wurde vereinbart, dass Flüchtlinge, die es auf die griechischen Inseln schaffen, von dort aus zurückgeschickt werden. Die Türkei wird als sicherer Drittstaat erachtet, obwohl sie die Genfer Flüchtlingskonvention nicht in Gänze ratifiziert hat, keinen dauerhaften Schutz bietet, Tausende in der Illegalität leben müssen.

In der Türkei selbst kommt es immer wieder zu Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan. Die Türkei ist kein Rechtsstaat, der Verfolgte schützt und wo das Handeln der Behörden durch unabhängige Gerichte überprüft wird.

In der EU werden die Fluchtgründe nicht mehr inhaltlich geprüft, es geht nur noch um die Frage, ob die Schutzsuchenden zurückgeschoben werden können. Für die Dauer ihres Asylverfahrens müssen sie in katastrophalen Zuständen auf den griechischen Inseln bleiben. Die Bilder von Moria sind um die Welt gegangen – sie sind eine Folge des EU-Türkei-Deals. Sie sollen abschrecken und demoralisieren, das Elend ist ein politisches Kalkül.

Was sind Push-Backs?

Schutzsuchende werden an der EU-Grenze oft ohne ein Verfahren in das Land, aus dem sie kommen, zurückgedrängt – zurückgepusht. Diese Zurückweisungen sind illegal, denn laut Europäischer Menschenrechtskonvention darf kein Mensch einfach so in ein Land zurückgewiesen werden, in dem ihm Folter, unmenschliche oder erniedrigende Strafe oder Behandlung droht.

Die Zurückweisungen sind häufig brutal, zum Teil werden an den Grenzen sogar Schusswaffen eingesetzt, um Schutzsuchende vom Grenzübertritt abzuhalten.

Die Berichte von Menschenrechtsorganisationen und Journalist*innen belegen, dass in der Ägäis Push-Backs verübt werden. Bei den politisch Verantwortlichen in der EU und in Griechenland herrscht hierzu systematisches Schweigen oder Leugnen. Die gewalttätigen Attacken auf Schutzsuchende und auf deren Recht, Asyl zu suchen, geschehen zu Tausenden: Die Zahl der Ankünfte auf den griechischen Inseln ging massiv zurück – von 59.726 (2019) auf 9.714 (2020).

Auch mit der Schließung der Balkanroute Anfang 2016 wurde den geflüchteten Menschen der Weg zu Schutz und Asyl versperrt. Annähernd 14.000 Fälle von Push-Backs wurden seitdem dokumentiert – was jedoch nur einen Bruchteil des tatsächlichen Geschehens erfasst.

Wie läuft ein Asylverfahren in Deutschland ab?

Wer in Deutschland einen Asylantrag stellt, wird einem bestimmten Bundesland zugewiesen und muss dort für die Dauer des Asylverfahrens in einer Erstaufnahmeeinrichtung leben (bei Ablehnung auch darüber hinaus bis zur Abschiebung). Wer einen Schutzstatus zugesprochen bekommt, kann die Aufnahmeeinrichtung verlassen und bekommt eine Wohnung oder Gemeinschaftsunterkunft in einer Kommune zugewiesen.

Fiene Wolf ist in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von PRO ASYL tätig, zudem begleitet sie Kooperationen mit anderen Initiativen, Organisationen und Bündnissen.

Günter Burkhardt ist einer der Mitbegründer von PRO ASYL. Er vertritt PRO ASYL auf politischer Ebene in Gremien sowie gegenüber Organisationen, Verbänden und Parteien. Er ist außerdem Vorstandsmitglied der Stiftung PRO ASYL.

Aus dem Mittelmeer gerettete Menschen sitzen auf dem Rettungsschiff *Sea-Watch 4*.

Leben im Kirchenasyl – Diana Namusoke hofft auf Anerkennung

2014 ist Diana Namusoke von Uganda nach Deutschland geflohen, seit zwei Jahren lebt sie in Berlin im Kirchenasyl – es ist ihre letzte Chance. Die Behörden zweifeln an ihrem Fluchtgrund. Nun wartet Diana Namusoke auf die Entscheidung des Gerichts, ob sie bleiben darf oder nach Uganda abgeschoben wird. Als lesbische Frau muss sie dort um ihr Leben fürchten.

Ute Brenner

Diana Namusoke lebt seit November 2018 im Kirchenasyl in Berlin-Kreuzberg.

Diana Namusoke knetet ihre Hände, während sie lächelt. Sie ist aufgeregt und ängstlich zugleich. Es ist still im Café in der Kreuzberger Kirche Heilig Kreuz-Passion, das wegen des Shutdowns durch die Corona-Pandemie geschlossen ist. Am Morgen hat Namusoke die Nachricht bekommen, dass das Verwaltungsgericht Augsburg einen Termin festgelegt hat, an dem ihr Prozess stattfindet: Am 1. März soll darüber verhandelt werden, ob sie in Deutschland bleiben darf oder nach Uganda abgeschoben wird – zurück in ein Land, in dem ihr als lesbischer Frau willkürliche Gewalt und die harte strafrechtliche Verfolgung durch die Behörden droht.

Vor sechs Jahren gelang es Diana Namusoke nach Deutschland zu kommen, doch auf der Flucht ist sie schon viel länger. Bereits mit 13 weiß sie, dass sie lesbisch ist. Als sie 16 ist, erfährt ihre Familie davon und verstößt sie. Eine Frau soll Kinder bekommen, sagt man ihr. Es beginnt ein Leben, das von Angst vor gewaltsamen Übergriffen und durch Diskriminierungen geprägt ist. »Die Leute können dort alles mit einem machen, wenn man homosexuell ist.« Mehr erzählt sie nicht. Zu schmerzhaft sind die Erinnerungen, zu erdrückend das Trauma. Sie rechnet nach. »34 Jahre«, sagt sie mit leiser Stimme, »34 Jahre.« So lange ist die 50-Jährige in ihrem Leben nicht mehr zur Ruhe gekommen.

In Uganda steht Homosexualität unter Strafverfolgung und kann mit langen Gefängnisstrafen geahndet werden. Nur durch die Androhung internationaler Sanktionen konnte 2009 ein Gesetzentwurf, der die Todesstrafe vorsah, abgewendet werden. Und immer wieder gibt es Berichte über Übergriffe und Lynchmorde an Homosexuellen. 2019 verschärfte sich die Lage der LGBTIQ*-Community im Land weiter: Dutzende Homosexuelle wurden laut der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* festgenommen und angeklagt. Einige von ihnen wurden zu entwürdigenden Anal-Untersuchungen gezwungen. Die ugandischen Behörden behaupteten, sie könnten so herausfinden, ob ein Mann schwul sei.

Bei ihrer Ankunft in Deutschland 2014 hat Namusoke nur ein paar Kleidungsstücke dabei, nichts weiter. Sie gibt bei der ersten Anhörung an, sie sei wegen ihrer lesbischen Identität geflohen, nicht aber im darauffolgenden Prozess. Zu groß war ihre Furcht, wieder diskriminiert zu werden, wenn herauskäme, dass sie lesbisch ist. 2017 lehnt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ihren Asylantrag ab, das Verwaltungsgericht Augsburg bestätigt die Entscheidung. Am Rande des Gerichtstermins erwähnt Namusoke gegenüber einer Mitarbeiterin der *Diakonie*, dass sie wegen ihrer Homosexualität geflohen ist. Im Folgeantrag gibt sie dies dann als Fluchtgrund an. Das BAMF lehnt dennoch wieder ab. Im Herbst 2018 droht

Diana Namusoke schließlich die Abschiebung nach Uganda. Die Münchner Lesbenberatungsstelle LeTRa, die sie unterstützt, fragt bundesweit Kirchen an, ob sie Namusoke Zuflucht im Kirchenasyl gewähren. Und so gelangt sie von Bayern nach Berlin in das Kirchenasyl der Heilig Kreuz-Passion-Gemeinde.

Pfarrerin Ute Gniewoß, die seit drei Jahrzehnten im Kirchenasyl arbeitet, kümmert sich um sie und wird ihre engste Ansprechpartnerin. »Es war eine leichte Entscheidung, Diana aufzunehmen. Das hing zum einen davon ab, dass ihr Leben in Uganda bedroht ist, und zum anderen, dass sie vertrauenswürdig ist und sich an alle Vorgaben hält, die es im Kirchenasyl gibt.« Denn niemand weiß, wie lange sie in dieser Situation ausharren muss. Seit November 2018 wohnt Namusoke in Räumen der Gemeinde, die auch für ihre Verpflegung und ihren Unterhalt aufkommt. Nachts schlafen kann sie nur mit Medikamenten, zu viele Gedanken kreisen ständig durch ihren Kopf. Die Ungewissheit, wie es mit ihr weitergeht, zermürbt sie. Ihre Partnerin lebt in Bayern und kann sie nur selten besuchen, so bleiben den beiden nur lange Gespräche am Telefon.

Im Shutdown ist ihr Leben eintöniger geworden, vieles wie etwa der Unterricht kann zurzeit nicht stattfinden. Normalerweise hat Namusoke einen gut organisierten Alltag: Morgens und abends geht sie zur Schule, sie hilft regelmäßig bei der Berliner Tafel in der Essensausgabe und zwei Freiwillige kommen mehrmals die Woche und bringen ihr Deutsch bei. Die neue Sprache fällt ihr schwer. »Ich kann mich nicht gut konzentrieren, weil ich ständig darüber nachdenke, was mit mir wird.« Ein bisschen Freiheit genießt Namusoke, als sie Fahrradfahren beim Verein #BIKEYGEES auf dem Tempelhofer Feld lernt. Bei solchen Unternehmungen begleitet sie immer jemand aus der Kirchengemeinde. Auf den Straßen Berlins fährt sie allerdings nicht Fahrrad, darum hat Pfarrerin Gniewoß sie gebeten. Zu gefährlich für eine Anfängerin. Hinzu kommt, dass Namusoke im Kirchenasyl keine Krankenversicherung hat. Wenn sie zum Arzt geht, muss die Gemeinde alle Kosten tragen.

Was würde sie deutschen Politiker*innen sagen, wenn sie die Gelegenheit dazu bekäme? »Es ist wichtig, geflüchteten Menschen zuzuhören, von ihren Problemen zu erfahren. Oft haben sie gar keine Chance, ihre Geschichte zu erzählen. Sie werden einfach zurückgeschickt.«

Ihren Fall prüft nun das Verwaltungsgericht in Augsburg erneut. Zwei Dinge soll es klären: Ist Namusoke wirklich lesbisch? Und ist die Situation für LGBTIQ*-Menschen in Uganda so gefährlich, dass sich daraus ein Asylgrund ableiten lässt? Ärzte und Psychiater, auch der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Dr. Christian Stäblein, haben in verschiedenen Gutachten bestätigt, dass sie schwer traumatisiert ist und kein Zweifel an ihrer lesbischen Identität besteht. Ob das reichen wird, um die Zweifel des Gerichts auszuräumen? Diana Namusoke ist unsicher, Pfarrerin Gniewoß versucht, sie zu beruhigen: »Verlass dich auf uns, wir haben Erfahrung und tun mit den Anwälten alles, was möglich ist.« Namusoke nickt zögerlich. Sie soll am 1. März vor Gericht erscheinen. Was hat das zu bedeuten? Soll sie vielleicht gleich in Abschiebehaft genommen werden? Es ist ihr anzusehen, wie ihr Sorgen und Gedanken durch den Kopf gehen, in Endlosschleife.

ASYL IN DER KIRCHE: EIN ÜBERBLICK

Ende Januar 2021 befanden sich 508 Menschen im Kirchenasyl, darunter 103 Kinder. 279 der Kirchenasyle sind sogenannte Dublin-Fälle, also Fälle, in denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) festgestellt hat, dass ein anderer europäischer Staat für das Asylverfahren zuständig ist.

Das Kirchenasyl steht in einer jahrhundertealten Schutztradition, aus der heraus es sich in den vergangenen vier Jahrzehnten zu einer Praxis entwickelt hat, die dann greift, wenn Abschiebung in Gefahrensituationen droht. Das erste Kirchenasyl wurde im Jahr 1983 in Berlin gewährt. 1994 wurde die *Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche* gegründet.

Kirchenasyl ist der letzte und legitime Versuch einer Gemeinde, Geflüchteten durch zeitlich befristete Schutzgewährung beizustehen, um darauf hinzuwirken, dass ihre Situation erneut und sorgfältig überprüft wird. Indem Kirchengemeinden Kirchenasyl gewähren, treten sie zwischen Behörden, die Anordnungen zum Abschiebungsvollzug auszuführen haben, und Geflüchtete. Das Kirchenasyl schafft Zeit für weitere Verhandlungen und für ein faires Verfahren, in dem alle Aspekte berücksichtigt werden.

Die Gemeinde bietet den Geflüchteten in ihren Räumlichkeiten einen Schutzort. Kirchenasyle werden aus Spendengeldern finanziert. Menschen im Kirchenasyl sind nicht krankenversichert. Im Falle einer Erkrankung müssen individuelle Lösungen gefunden werden. Die Dauer eines Kirchenasyls ist ungewiss. In achtzig bis neunzig Prozent der Fälle ist das Kirchenasyl erfolgreich, das heißt, es wird festgestellt, dass nicht abgeschoben werden durfte, weil humanitäre Gründe dagegensprachen.

Was, wenn das Gericht entscheidet, dass sie bleiben darf? Bei dieser Vorstellung strahlt Namusoke über das ganze Gesicht. Sie möchte zurück nach Bayern zu ihrer Freundin ziehen, sich endlich frei im Kopf fühlen, entspannt. In Uganda arbeitete Namusoke als Lagerarbeiterin, in Deutschland träumt sie davon, als Altenpflegerin Menschen zu helfen. »Dafür muss ich mein Deutsch verbessern, das weiß ich. Dafür arbeite ich hart.« Erst einmal heißt es für sie wieder warten, grübeln. Ihr Schicksal liegt in den Händen anderer.

Am 1. März einigte sich das Gericht in Augsburg mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darauf, dass ein Abschiebeverbot erteilt wird. Diana Namusoke erhält eine Aufenthaltsgenehmigung für mindestens ein Jahr, Verlängerungen und unter bestimmten Bedingungen eine unbefristete Niederlassungserlaubnis nach fünf Jahren sind möglich. Die Entscheidung wurde deutlich als Einzelfallentscheidung markiert.

Ute Brenner, Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.*

Quelle: Hilde Domin – Gesammelte Gedichte, S. FISCHER Verlag 1987
Weitere Angaben zur Autorin auf Seite 46.

Hilde Domin

Ziehende Landschaft

Man muß weggehen können
und doch sein wie ein Baum:
als bliebe die Wurzel im Boden,
als zöge die Landschaft und wir ständen fest.
Man muß den Atem anhalten,
bis der Wind nachläßt
und die fremde Luft um uns zu kreisen beginnt,
bis das Spiel von Licht und Schatten,
von Grün und Blau,
die alten Muster zeigt
und wir zuhause sind,
wo es auch sei,
und niedersitzen können und uns anlehnen,
als sei es an das Grab
unserer Mutter.

Fluchtort Deutschland – politisch Verfolgte genießen Asylrecht!?

Einschränkungen des Asylrechtes seit 1948

Katharina Stamm

Deutschland gilt als eines der traditionellen Asylländer in Europa. Und dies aus gutem Grund: Die Bundesrepublik hatte sich aus der erschütternden Erfahrung des Nationalsozialismus heraus ein Recht auf politisches Asyl in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes geschrieben. »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« – dieses damals noch unbeschränkte Grundrecht, knapp und prägnant in Artikel 16 formuliert, war die Antwort der jungen Republik auf das Versagen der internationalen Gemeinschaft während der Nazidiktatur. Viele Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn es großzügige Aufnahmezusagen beispielsweise 1938 auf der internationalen Konferenz im schweizerischen Évian gegeben hätte. Damals zeigten sich Staaten unverhohlen antisemitisch oder befürchteten den Import von »Rassenproblemen«, ganz zur entsetzlichen Genugtuung von Nazi-Deutschland.

Fast alle Länder behielten damals trotz Kenntnis der Verfolgung hunderttausender Jüdinnen und Juden in Deutschland und Österreich ihre restriktiven Einreisebedingungen und verweigerten sich der zusätzlichen Aufnahme Schutz suchender NS-Verfolgter. Viele Staaten schlossen ihre Grenzen, es kam zu Einreisestopps und Zurückweisungen. Maßnahmen, die einem auch heute bekannt vorkommen. Das wollten die Mütter und Väter des Grundgesetzes damals ändern, ein individueller Anspruch von Verfassungsrang sollte den Schutz von Verfolgten garantieren. Seither genießt jeder ausländische Mensch zumindest dem Grunde nach dieses wertvolle Recht auf Prüfung des Asylgesuchs gegenüber dem deutschen Staat.

GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION LEGT GRUNDSTEIN FÜR NON-REFOULEMENT-GEBOT

Ebenfalls unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs mit seinen 30 Millionen Geflüchteten und Vertriebenen – und nur hier verdient die Geschichte den Begriff »Europäische Flüchtlingskrise« – entstand die Genfer Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen, die in diesem Jahr ihr 70-jähriges Bestehen feiert. Die UNHCR-Konvention legte den inzwischen ins Völkergewohnheitsrecht übergegangenen Grund-

stein für das Non-Refoulement-Gebot: Keiner darf in ein Land abgeschoben werden, in dem Folter, unmenschliche Behandlung oder schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Die Bundesrepublik gehörte 1951 zu den sechs Erstunterzeichnerstaaten. Die DDR hatte die Konvention nicht ratifiziert.

Was wurde aus dem Grund- und Menschenrecht bis heute? In den ersten Dekaden der Nachkriegszeit wurde der Artikel 16 des Grundgesetzes bis auf die große Flüchtlingsaufnahme während des ungarischen Volksaufstands nur wenig in Anspruch genommen. Die Asylgesuche in Deutschland blieben bis in die 1970er Jahre auf einem relativ niedrigen Niveau, bis sich in den 1980er Jahren die Zahl der Antragstellungen aus den verschiedensten Ländern erhöhte. Mit realpolitischen Gegebenheiten konfrontiert schwand der Rückhalt des Grundrechts in Politik und Bevölkerung: 54 Prozent der Deutschen waren damals mehr oder weniger davon überzeugt, dass »die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem schon bedrohlichen Maß überfremdet« sei, so verlautbarte es die ZEIT 1980. Der damalige Innenminister Gerhard Baum (FDP) sprach von einer »Belastung, die das Grundgesetz uns aufbürdet«. Einige Verschärfungen des Asylrechts wurden bereits damals eingeführt, etwa ein fünfjähriges Arbeitsverbot für Antragstellende und die sogenannte Residenzpflicht. Diese verpflichtet Asylbewerbende zur Wohnsitznahme an einem bestimmten Ort und dazu, sich nur innerhalb eines bestimmten Bezirks oder Landkreises zu bewegen – rechtsstaatlich und menschenrechtlich höchst bedenklich. Unselige Nachahmung hat diese Restriktion seit 2016 auf den griechischen Inseln gefunden, wer Asyl beantragt, darf nicht mehr auf das Festland reisen.

Im Hangar am ehemaligen Flughafen in Tempelhof wurde Ende 2015 eine Notunterkunft für geflüchtete Menschen eingerichtet.

RASSISTISCHE ÜBERGRIFFE UND GEWALT IN DEN 1990ER JAHREN

Mit dem zerfallenden Jugoslawien erreichte die Zahl von Asylantragstellenden 1992 ihren vorläufigen Höhepunkt in der Geschichte der Bundesrepublik, über 400.000, vor allem bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge suchten Schutz in Deutschland, hinzu kam eine hohe Zahl von Aussiedler*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Es entfachte sich wieder eine scharf geführte gesellschaftliche Debatte, die nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen hier bereits langjährig lebende Menschen mit Einwanderungsgeschichte allgemein geführt wurde und durch Medien und Politik aufgegriffen, kanalisiert und multipliziert wurde. Angeheizt von politischen Statements und einer reißerischen Berichterstattung kam es zu rassistischen Übergriffen und gewalttätigen Ausschreitungen aus der Bevölkerung in Rostock, Mölln, Hoyerswerda und Solingen. Übrigens hat sich zu dieser Zeit die rechte Szene um das spätere NSU-Trio radikalisiert. Die Politik reagierte mit grundlegenden Änderungen des Flüchtlings- und Asylrechts, als seien die Geflüchteten verantwortlich, ließ aber Aktivitäten gegen Rassismus und für ein gedeihliches Miteinander vermissen.

Man begriff sich zu dieser Zeit nicht als ein Einwanderungsland, sondern der sogenannte »Missbrauch« des Asylrechts und die sogenannte »Einwanderung in die Sozialsysteme« und in den deutschen Arbeitsmarkt waren die bestimmenden Parameter der deutschen Flüchtlings- und Migrationspolitik. Das Resultat: Abschreckung und massive Rechtseinschränkungen waren die Leitmotive des Asylkompromisses, den die christlich-liberale Koalition 1993 mit der SPD beschlossen hatte. Der Kompromiss der verfassungsändernden Mehrheit sah eine Vielzahl von Einschränkungen des Asylrechts vor, die größtenteils bis heute gelten. Das unbeschränkte Grundrecht auf Asyl in Art. 16 GG wurde in den Art. 16 a GG quasi als unbedeutender Einschub versetzt und mit vier unübersichtlich langen Absätzen versehen, die allesamt regeln, wer sich fortan nicht mehr auf das Asylrecht berufen darf und damit grundlegend eingeschränkt:

Wer beispielsweise über einen »sicheren Drittstaat« einreist oder aus einem »sicheren Herkunftsland« kommt, hat wenig Chance auf ein erfolgreiches Asylverfahren. Für viele Kritiker*innen bedeutete dies die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Ebenso wurden der Rechtsschutz im Asylverfahren verkürzt und die Lebensbedingungen für Asylsuchende in Deutschland verschlechtert: Die Sozial- und Gesundheitsleistungen wurden im Jahr 1993 durch das Asylbewerberleistungsgesetz erheblich eingeschränkt, das Sachleistungsprinzip in Form von Essenspaketen und Kleiderkammern eingeführt.

DEUTSCHLAND VERLAGERT VERANTWORTUNG FÜR FLÜCHTLINGSSCHUTZ AUF ANRAINER- UND TRANSITSTAATEN

Vor allem die deutsche Drittstaatenregelung hat bis heute weitreichende Folgen: Die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz verlagerte Deutschland auf die Anrainer- und Transitstaaten. Dieses Prinzip wurde auf die gesamte EU übertragen in Gestalt der Dublin-Verordnung, die dazu führt, dass im Grunde sämtliche Asylverfahren in den Außengrenzstaaten geführt werden, weil sie die Ersteinreisestaaten sind. Gleichzeitig wurde auch das Visumrecht erheblich eingeschränkt. Während viele politisch Verfolgte noch bis in die 1980er Jahre visumfrei selbst aus den Verfolgerstaaten nach Deutschland einreisen konnten, ist es heute nahezu unmöglich, auf legalem Wege Deutschland oder ein anderes EU-Land zum Zweck der Asylantragstellung zu erreichen. Die europäische Harmonisierung des Asylrechts hat im Flüchtlingsrecht aber durchaus einige Verbesserungen gebracht, so zum Beispiel die Anerkennung nicht-staatlicher Verfolgung, wenn der Staat nicht in der Lage ist, zu schützen, oder die geschlechts- oder religionsspezifische Verfolgung.

RASSISMUS GEGEN GEFLÜCHTETE IN DEN STRASSEN UND PARLAMENTEN

Durch die Kriege in Syrien, Irak und Afghanistan kam es von 2013 bis 2017 wieder zu einem größeren Anstieg von Asylantragszahlen in der EU. 2015 waren viele Kommunen und Länder mit der Aufnahme überfordert. Und wieder bestimmten Wahlen und Realpolitik das Geschehen. AfD und Pegida gründeten und radikalisierten sich, machten eine schon längst vergangen geglaubte rassistische Rhetorik wieder salonfähig. Wieder wurden Geflüchtete, ihre Unterkünfte ebenso wie Menschen wegen ihres vermeintlichen Andersseins oder ihrer Haltung angegriffen, die Morde in Halle, Hanau und Wolfhagen sind traurige Höhepunkte.

Es ist eigentlich rational kaum verständlich, welch doch relativ geringe Zahl an Asylsuchenden in Deutschland und anderen EU-Staaten ankommen müssen, um die latent vorhandene rassistische und menschenfeindliche Stimmung an die Oberfläche zu befördern und Ressentiments in der breiten Mitte der Gesellschaft salonfähig zu machen. Ein Blick auf die globale Flüchtlingsbevölkerung zeigt: Die Wahrnehmung ist völlig verzerrt, die EU ist weltweit keinesfalls Hauptaufnahmeregion. Ein aktueller Zahlenvergleich: Im Libanon befinden sich zurzeit circa 1,5 Millionen Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien geflüchtet sind. Das ist gemessen an der Bevölkerungszahl von nur 4,5 Millionen enorm. Hochgerechnet auf Deutschland würde dies eine Flüchtlingsaufnahme von über 20 Millionen Menschen bedeuten.

ASYLVERSCHÄRFUNGEN AUF EU-EBENE… UND EIN KLEINER HOFFNUNGSSCHIMMER

Und wieder wurde in Deutschland und auf EU-Ebene das Asylrecht verschärft. Die mit heißer Nadel gestrickten Asylverschärfungspakete wurden nach 2016 verabschiedet, um vermeintliche Handlungsfähigkeit zu zeigen, während auf EU-Ebene die Reform 2018 scheiterte. Zu weit weg war man von einem wertebasierten Konsens und ist es bis heute. Das Problem liegt auch nicht in etwa lückenhaften Gesetzen, sondern es scheitert an deren Umsetzung, mehr noch: an der Grundüberzeugung zum Flüchtlingsschutz. Worauf man sich aber einigen kann: auf die bewährte Abschottungs- und Rückführungs-

politik, auf Kooperation mit angeblich sicheren Drittstaaten außerhalb der EU wie der Türkei. Der Protection-elsewhere-Ansatz, das schon im 20. Jahrhundert praktizierte Sankt-Florians-Prinzip kommt zur Anwendung, wenn es ernst wird. Flüchtlingsschutz gerne, aber nicht bei uns.

Doch es gibt auch Hoffnungsschimmer: Während in anderen EU-Ländern noch die Erzählung vorherrscht, es können keine weiteren Geflüchteten mehr aufgenommen werden, ist in Deutschland bei Bundesländern, Kommunen und der starken und lauten Zivilgesellschaft mittlerweile wieder eine andere Stimmung. EU und Bundesregierung werden aufgefordert, Menschen aus Seenotrettung, aus griechischen und bosnischen Flüchtlingslagern und aus anderen Drittstaaten aufzunehmen. Dem ist rundweg zuzustimmen: Legale Fluchtwege in Form von Resettlement und humanitärer Aufnahme sind dringend auszubauen.

Doch wie die Geschichte immer wieder zeigt, muss daneben auch der Individualrechtsansatz stark bleiben: Aufnahmeprogramme unterliegen, wie schon Évian zeigte, der Schwankung der politischen Führung. Die USA sind dafür ein beredtes Beispiel: Barack Obama nahm in seinem letzten Amtsjahr 85.000 Geflüchtete auf, Donald Trump reduzierte drastisch auf zuletzt 18.000. Menschen- und Grundrechte wirken demgegenüber dauerhafter, müssen jedoch mit Leben gefüllt werden. Ein zentrales Thema ist bis heute noch nicht gelöst: Wie gelange ich zur Asylantragstellung in den Hoheitsbereich eines Staates der Genfer Konvention, ohne mich in Lebensgefahr zu begeben und meine Würde zu bedrohen? Vielleicht bringt dieses Jahrhundert mit völlig neuen Konzepten darauf eine Antwort.

Katharina Stamm ist juristische Referentin für Europäische Migrationspolitik im Zentrum Migration und Soziales der *Diakonie Deutschland* in Berlin mit Schwerpunkt Europäisches Asylsystem und EU-Freizügigkeitsrecht. Von 1993 bis 1995 arbeitete sie als Freiwillige von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* in Israel in dem jüdisch-arabischen Verständigungsprojekt Open House/Habeit haPatuach/IlBethilmaftuh.

Geflüchtete vor einem Stacheldrahtzaun an der serbischen Grenze zu Ungarn im September 2015.

Fluchtroute Mittelmeer und die Seenotrettung

Um Gewalt, Krieg, Verfolgung und Armut zu entkommen, fliehen Menschen aus ihren Heimatländern; es ist ihre letzte Chance zu überleben. Derzeit sind mehr als 80 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht – so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Die verfehlte Politik der EU hat die Situation der Geflüchteten in den vergangenen Jahren dramatisch verschärft: Immer mehr Grenzen werden geschlossen, die Seenotrettung durch private Hilfsorganisationen wird oft behindert und sogar kriminalisiert. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR nennt die Flucht über das Mittelmeer »die tödlichste Meeresüberquerung der Welt«.

Ute Brenner

Wie viele Menschen starben in den vergangenen Jahren bei ihrer Flucht über das Mittelmeer?

Wegen fehlender legaler Migrationswege in die Europäische Union wählen viele Menschen den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer, oft in nicht seetüchtigen Booten, die viel zu viele Menschen an Bord nehmen – ohne ausreichende Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln. Laut dem Online-Portal *Statista* ertranken von 2014 bis 2020 schätzungsweise mehr als 21.000 Menschen bei ihrer Flucht über das Mittelmeer.

Wie viele Menschen gelangten 2020 über das Mittelmeer nach Europa?

2020 gelangten laut Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR 94.950 Menschen über das Mittelmeer nach Europa. 1.166 Menschen wurden 2020 vermisst oder gelten als tot.

Welche Akteur*innen gibt es bei der Seenotrettung im Mittelmeer und was ist ihre Rolle?

Die Kapazitäten zur Seenotrettung im Mittelmeer von staatlicher Seite wurden in den vergangenen Jahren deutlich eingeschränkt. 2013/14 hatte die italienische Marinemission *Mare Nostrum* die vorrangige Aufgabe, Menschen zu retten. Die von der EU getragenen Nachfolgeoperationen *Triton* und *Sophia* konzentrierten sich zunehmend darauf, Schlepper und sogenannte irreguläre Migration zu bekämpfen.

Durch die Kriminalisierung der Seenotrettung sind kaum noch Rettungsschiffe auf dem Mittelmeer. Das Sterben von Menschen wird so billigend in Kauf genommen. Private Rettungsorganisationen wie *United4Rescue* oder die Bewegung *Seebrücke* bemühen sich, die Lücken bei der Seenotrettung zu schließen. Sie retteten in den vergangenen Jahren zehntausende Leben.

Wohin werden die Menschen nach der Rettung auf See gebracht?

Seevölkerrechtlich müssen gerettete Menschen an einen sicheren Ort gebracht werden, das ist also nicht zwingend der nächstgelegene Hafen. Als sicherer Ort gilt laut einer Entschließung der *Internationalen Seeschifffahrts-Organisation* (IMO) von 2004 ein Ort, an dem die Rettungsmaßnahmen als beendet angesehen werden, an dem das Leben der Überlebenden nicht mehr weiter in Gefahr ist und an dem ihre menschlichen Grundbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft und medizinische Versorgung gedeckt werden können.

In einem Geschäft in Izmir in der Türkei werden Rettungswesten verkauft.

Was passiert mit Menschen, die in libyschen Hoheitsgewässern oder auf hoher See von der libyschen Küstenwache gerettet oder gestoppt werden?

Die libysche Küstenwache bringt Menschen, die aus Seenot gerettet werden oder deren Boot angehalten wird, zurück nach Libyen. Im Sinne des Seevölkerrechts gilt das Land aber nicht als sicherer Ort, weil dort ausgeschiffte Gerettete und Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert werden. Ihnen drohen Folter, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Zwangsarbeit, Ausbeutung durch staatliche und nicht staatliche Akteure sowie der Tod, wie ein Bericht von *Amnesty International* belegt.

Wo fliehen Menschen weltweit über gefährliche Seerouten?

Über den Golf von Aden fliehen Menschen aus Somalia und Äthiopien nach Jemen. Es gibt keine exakten Angaben darüber, wie viele Menschen die Küste lebend erreichen.

Immer wieder versuchen Rohingya, die in ihrer Heimat verfolgt werden, aus Myanmar über den Golf von Bengalen und die Andamanensee in die Nachbarländer Bangladesch, Thailand, Malaysia oder Indonesien zu gelangen. Auf der Flucht leiden viele Bootsflüchtlinge Hunger und sterben.

Auch Australien ist Ziel von Bootsflüchtlingen, obwohl die restriktive Politik der konservativen Regierung versucht zu verhindern, dass Geflüchtete anlanden. Die meisten werden in Internierungslagern auf Pazifikinseln vor der Küste untergebracht. Sie erreichen nie das Festland und können keinen Asylantrag stellen.

Geflüchtete aus Venezuela nutzen den Seeweg, um die nahe liegenden Karibikstaaten Aruba, Curaçao sowie Trinidad und Tobago zu erreichen. Auch hier sterben viele Menschen auf dem Meer.

Ute Brenner, Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

»Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt!«

Pastorin Sandra Bils hat mit diesem Satz eine beispiellose Aktion ausgelöst. Nach ihrer Predigt beim Kirchentag 2019 mitbegründete sie den Verein *Gemeinsam Retten*, der sich – unterstützt von der Evangelischen Kirche in Deutschland – an der Seenotrettung im Mittelmeer beteiligt.

Ute Brenner: Beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dortmund im Juni 2019 haben Sie für diesen Satz in Ihrer Predigt sehr viel Aufmerksamkeit bekommen: »Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt!« Die Äußerung ging viral. Wie kam es zu der Aussage?

Pastorin Sandra Bils: Als ich darüber nachgedacht habe, worüber ich beim Kirchentag predigen möchte, wollte ich Dinge ansprechen, die in der aktuellen Situation, aber auch in den Jahren davor für mich als Christin wichtig waren. Daher habe ich mich in der Predigt für zwei Themen entschieden. Das eine Thema war Gnade, was in meiner Theologie die wichtigste Fragestellung ist. Zum Zweiten wollte ich zeigen, wie christlicher Glaube und Nachfolge heutzutage ganz praktisch aussehen könnten. Als ich auf der Suche nach einem konkreten Beispiel war, war für mich schnell klar, dass es um die Situation der Geflüchteten im Mittelmeer gehen sollte. Ich habe nicht damit gerechnet, dass dieser Satz so viral und durch die Decke geht. Das war dann wiederum auch Gnade. So kamen die beiden Themen wieder zusammen.

Was ist anschließend passiert?
Es hat sich eine kleine Gruppe mit Menschen gebildet, die sich zum Teil schon viel länger mit dem Thema beschäftigen als ich. Aber wir alle teilten die Sehnsucht danach, etwas zu tun. Und so haben wir auf einen Impuls der Evangelischen Kirche Deutschland hin einen Verein gegründet, der *Gemeinsam Retten* heißt. Als Erstes haben wir vier Hauptforderungen, worum es in der Arbeit gehen soll, festgelegt. Als Nächstes haben wir angefangen, Spendengelder zu sammeln.

Welches sind denn die Hauptforderungen des Vereins *Gemeinsam Retten?*
Die erste Aussage ist: Seenotrettung ist eine Pflicht. Das ist einerseits geltendes Recht, aber andererseits sind wir als Menschen auch dazu verpflichtet, Menschen nicht ertrinken zu lassen. Die zweite Forderung ist: Wir sprechen uns gegen die Kriminalisierung und Behinderung der zivilen Seenotrettung aus. Es ist nach wie vor so, dass die, die sich daran beteiligen, mit harten Repressalien rechnen müssen und das kann nicht angehen. Das dritte Ziel ist: Wir werben für schnelle und faire Asylverfahren, weil auch das ein Menschenrecht ist. Und das vierte ist: Wir werben dafür, dass sichere Häfen ermöglicht werden. Daran arbeiten wir gemeinsam mit unserem Bündnispartner *Seebrücke*. Es gibt in Deutschland sehr viele Städte und Kommunen, die Menschen aufnehmen würden. Es kann nicht sein, dass nur aufgrund von Verteilmechanismen, die mir nicht einleuchten, Menschen, die gerettet werden, keine Zukunft in Deutschland haben.

Entstanden ist inzwischen das Bündnis *United4Rescue*, das mehr als 700 Organisationen zusammengebracht hat. Es wurden Spenden für mittlerweile zwei Seenotrettungsschiffe im Mittelmeer gesammelt. Im Juni 2020 rettete die *Sea-Watch* 4 bei ihrem ersten Einsatz mehr als 350 Menschen das Leben, das zweite Schiff, die *Sea-Eye* 4, wird derzeit für ihren ersten Einsatz umgebaut. Hätten Sie so etwas am Anfang für möglich gehalten?
Dass aus so einer kleinen Idee und einem Predigtgedanken so etwas Riesengroßes entsteht und so viele Leute mitmachen und wir gemeinsam so viel erreichen, hätte ich nie zu hoffen gewagt: Ich muss auch immer noch darüber schmunzeln und gleichzeitig kriege ich immer wieder eine Gänsehaut, wenn ich merke, dass das Engagement von Christinnen und Christen so viel verändern kann. Das motiviert mich, jeden Tag weiterzumachen.

Prof. Dr. min. Sandra Bils ist Pastorin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover. Seit 2020 ist sie in der Evangelischen Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung in Berlin theologische Referentin für missionarische Bildung.

Ute Brenner, Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

An Bord der *Sea-Watch* 4 warten gerettete Menschen im August 2020 darauf, dass das Rettungsschiff in einen sicheren Hafen einlaufen darf. Cisse A. hält ihr anderthalb Jahre altes Baby auf dem Arm.

Letzte Hoffnung Shanghai

Michael Blumenthal, von 1997 bis 2014 Direktor des Jüdischen Museums Berlin, entkam als Kind dem Holocaust. Seiner Familie gelang die Flucht nach Shanghai, das tausenden Juden Zuflucht gewährte.

Robert Zsolnay

Als sich die Kunde vom Grauen der Vernichtungslager 1945 verbreitete, stand Michael Blumenthal im Shanghaier Ghetto fassungslos vor einer Hausmauer. Vis-à-vis seiner Unterkunft im Stadtteil Hongkou waren an der Fassade lange Listen angeschlagen. Der damals 18-Jährige las und las – Namen von Überlebenden, die der Mordmaschinerie der Nazis entkommen konnten. Kein einziger seiner Berliner Kindheitsfreunde fand sich darunter. Blumenthal hatte nach der Flucht in Shanghai gehungert, Schläge erduldet und Demütigungen. Aber er, seine Schwester und die Eltern lebten.

Die allermeisten im Shanghaier Ghetto hatten Konzentrationslager vor der Flucht als Stätten organisierter Gewalt erlebt, nicht jedoch als Orte systematischer Vernichtung. Fern von Europa wog die Hoffnung schwerer als alle Befürchtungen. Doch das Kriegsende machte die schlimmsten Ängste zur Gewissheit: Die Nazis hatten sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens ermordet. Michael Blumenthal, geboren in Oranienburg bei Berlin, schämte sich seiner Heimat, begann die deutsche Sprache zu hassen.

Als die Blumenthals am 10. Mai 1939 in China eintrafen, lagen Monate der Verzweiflung hinter ihnen. Die Gestapo hatte den Vater, einen Textilkaufmann, nach den Novemberpogromen ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt und gefoltert. Erst als die Mutter Schiffsbilletts nach Shanghai vorzeigen konnte, kam das Familienoberhaupt frei – um 25 Kilogramm abgemagert und am Ende seiner Kräfte. Die Berliner Familie, von den Nazis bis auf zehn Reichsmark beraubt, verließ Deutschland und ging in Neapel an Bord eines Ozeandampfers.

Der 13-jährige Sohn empfand die fünfwöchige Überfahrt nach China als Abenteuer. Anfangs staunte er, wie sich der Horizont hinter dem Blau und Grau des Meeres hob und senkte. »Ich war furchtbar neugierig auf alles.« Nur wenn die Eltern in jene nervöse Stille verfielen, die er seit Monaten bei ihnen beobachtete, trübte sich seine Stimmung. Irgendwann war auch ihm und der Schwester angst und bange, was wohl in Shanghai auf sie zukäme. China und das mit Nazi-Deutschland paktierende Japan standen im Krieg und Nippons Truppen besetzten immer weitere Teile des Reichs der Mitte.

Als das Schiff endlich vom Meer in die Jangtse-Mündung einfuhr und von dort in den Huangpu, erblickten die Blumenthals eine Schiffsparade: Frachter und Kriegsschiffe lagen vor Anker, dazwischen glitten Dschunken und Sampans durch den Fluss. Am Ufer erhoben sich Fabrikbauten, dann waren chinesische Wohnhäuser mit kunstvollen Holzdächern zu sehen, danach neoklassizistische Prunkbauten, die ausländischen Handelsfirmen, Banken und Versicherungen gehörten. Shanghai war damals eine geteilte Stadt: Der kleinere chinesische Teil befand sich in Händen Japans. Der große Rest der Stadt wurde wie seit Jahrzehnten von Frankreich, Großbritannien und den USA beherrscht, den größten unter den vielen Kolonialmächten, die sich in Shanghai breitgemacht hatten. Mehr als dreieinhalb Millionen Menschen lebten in der Stadt, ein Tummelplatz für Geschäftsleute und Glücksritter, aber auch letzte Zuflucht für gestrandete Juden wie die Blumenthals. Das Gros der Schanghailänder, wie sich die Neubewohner nannten, stammte aus Deutschland, Österreich und Polen.

An der Anlegestelle begrüßten Hilfskomitees die Ankömmlinge und brachten sie in Notunterkünfte. Viele Flüchtlinge bezeichnen Shanghai als Exil letzter Wahl: Gewalt aufgrund weitgehender Gesetzlosigkeit, Seuchen, dazu ein ungesundes Klima – und dennoch ein Segen, denn ab 1937 sahen sich jüdische Flüchtlinge fast überall vor geschlossenen Grenzen. Am Huangpu dagegen fragte niemand nach Visum, Vermögen oder Religion. Bis 1941 blieb die Stadt ein Hafen der Hoffnung: Horn's Imbiss-Stube und Café Atlantic – bis vor wenigen Jahren zeugten Schriftzüge von den Geschäften, die Flüchtlinge im nördlichen Stadtbezirk Hongkou gegründet hatten, um sich über Wasser zu halten. Blumenthals Mutter nähte Kleidungsstücke und verkaufte sie, der Sohn reinigte Flaschen in einer Chemiefabrik, lieferte Brot und Salami aus – zu Fuß, ein Fahrrad konnte er sich nicht leisten.

Ende 1941 gewann Japan, Bündnispartner Nazi-Deutschlands, die Oberhand über ganz Shanghai. Auf Wunsch Deutschlands errichteten die Japaner ein Jahr später ein Ghetto: Am 18. Februar 1943 befahlen die Besatzer jüdischen Flüchtlingen binnen 90 Tagen in ein Viertel des nördlichen Stadtteils Hongkou zu ziehen. Von einer »Schutzmaßnahme« für Staatenlose, die Shanghai nach 1937 erreicht hatten, war in dem Befehl zu lesen – purer Hohn. Die Grenzen des Pferchs – Huimin Road, Tongbei Road, Zhoujiazui Road und Gongping Road – sind noch immer gut erkennbar. Von Mai 1943 bis August 1945 drängten sich auf diesen zweieinhalb Quadratkilometern Elend rund 20.000 Flüchtlinge und mehr als 10.000 Einheimische. Man verstand sich – als Schicksalsgemeinschaft.

Jüdische Flüchtlinge in Shanghai.

Spuren erzählen von dieser Zeit: Im kleinen Huoshan Park im Südosten des früheren Ghettos erinnert ein Gedenkstein an die Gefangenen. Von dort ist es nicht weit zu Michael Blumenthals Zwangsunterkunft in der Zhoushan Road. Zweieinhalb der acht Shanghaier Jahre musste er dort verbringen: acht Zimmer, eine Toilette. »Wir waren vierzig bis fünfzig Bewohner«, erinnert sich Blumenthal. Wie die meisten Shanghailänder ist auch er zurückgekehrt an den Ort, der Zuflucht bedeutet und Schrecken. Ein silbernes Schild am Eingang erinnert an den einstigen Bewohner, der später zu Berühmtheit gelangen sollte: Blumenthal promovierte in Princeton, wurde Wirtschaftsprofessor und avancierte zum Finanzminister von US-Präsident Jimmy Carter.

Nach dem Besuch der Zhoushan Road wurde Blumenthal von einem Reporter gefragt, was er gerade empfinde. »Ich spüre, dass es ein sehr langer Weg war, dies hier hinter mir zu lassen«, entgegnete er. Gleich um die Ecke des Wohnhauses steht die Ohel-Moishe-Synagoge, mittlerweile in ein Museum umgewandelt, das die Geschichte der jüdischen Flüchtlinge wachhält. Im Ghetto war sie Hort der Hoffnung. Es wurde viel gebetet, auch für die Inhaftierten der japanischen Polizeistation, die sich im Gebäude nebenan befand. Die Zellen waren berüchtigt: verseuchtes Trinkwasser, Ungeziefer, prügelnde Wärter. Rund 2.000 Juden überlebten das Ghetto nicht.

Michael Blumenthal hatte Glück. Einmal lag er 21 Tage lang mit Paratyphus im Ghetto-Hospital. Medikamente gab es keine, doch er war stärker als die Krankheit. Shanghai habe ihn gelehrt, auch in unübersichtlichen Situationen schnell einen Weg aus der Misere zu finden, erzählt er. 1944 hatte er seinen Job in der Chemiefabrik verloren, ohne Arbeit durfte er das Ghetto nicht mehr verlassen. Er half den Schwächeren und begann Esperanto zu lernen. »Ich war sicher, dass eine bessere Nachkriegswelt eine neutrale Sprache haben wird.« Es dauerte bis 1947, ehe sich diese bessere Welt für Blumenthal auftat: Nach acht Jahren Exil erhält er ein Visum für die Vereinigten Staaten und schifft sich nach San Francisco ein. Diese Fahrt über den Ozean bringt dem jungen Mann endlich wahre Freiheit.

Im Januar 2021 vollendete Michael Blumenthal das 95. Lebensjahr. Er feierte in Princeton, New Jersey, mit Frau, Sohn, drei Töchtern und vielen Enkelkindern. In Berlin trägt die Akademie des Jüdischen Museums seinen Namen, die sich für gesellschaftliche Vielfalt und Flüchtlinge einsetzt. Seine eigene Flucht aus Berlin liegt mehr als 80 Jahre zurück. »Shanghai war eine miserable Zeit«, sagt er, »aber, ich verdanke dieser Stadt mein Leben.«

Robert Zsolnay ist Autor und Journalist. Er arbeitet rund um den Globus und schreibt unter anderem für die Magazine *mare* und *Spiegel Wissen*.

Quelle: Bertolt Brecht – Die Gedichte, hrsg. von Jan Knopf, Suhrkamp Verlag 2000
Weitere Angaben zum Autor auf Seite 46.

Bertolt Brecht

Über die Bezeichnung Emigranten

Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab: Emigranten.
Das heißt doch Auswandrer. Aber wir
Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß
Wählend ein andres Land. Wanderten wir doch auch nicht
Ein in ein Land, dort zu bleiben, womöglich für immer
Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte.
Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns da aufnahm.

Unruhig sitzen wir so, möglichst nahe den Grenzen
Wartend des Tags der Rückkehr, jede kleinste Veränderung
Jenseits der Grenze beobachtend, jeden Ankömmling
Eifrig befragend, nichts vergessend und nichts aufgebend
Und auch verzeihend nichts, was geschah, nichts verzeihend.
Ach, die Stille der Stunde täuscht uns nicht! Wir hören die Schreie

Aus ihren Lagern bis hierher. Sind wir doch selber
Fast wie Gerüchte von Untaten, die da entkamen
Über die Grenzen. Jeder von uns
Der mit zerrissenen Schuhn durch die Menge geht
Zeugt von der Schande, die jetzt unser Land befleckt.
Aber keiner von uns
Wird hier bleiben. Das letzte Wort
Ist noch nicht gesprochen.

Unsichtbar unter uns – Menschen in der Illegalität

Geschätzt leben zwischen 180.000 und 520.000 Menschen in Deutschland, die weder eine Aufenthaltserlaubnis, eine -gestattung oder Duldung haben. Sie machen sich damit strafbar und müssen ständig damit rechnen, entdeckt, festgenommen und abgeschoben zu werden. Ihre Lebensgeschichten sind vielfältig.

Martina Liebsch

Maria kommt aus Ecuador und lebt schon lange regulär in Deutschland. Sie hat drei Kinder. Ihre jüngste Tochter, 19 Jahre alt, ist bislang bei der Großmutter im Heimatland aufgewachsen. Maria möchte sie gerne bei sich haben. Die Tochter kommt zu Besuch und bleibt, obwohl ihr Visum abgelaufen ist. Mutter und Tochter hoffen, einen Weg zur Legalisierung zu finden.

Ahmed ist als Flüchtling nach Deutschland gekommen und auch anerkannt worden. Er hat die Möglichkeit, im Rahmen eines Resettlementverfahrens (Wiederansiedlungsprogramm) zu seinen Eltern und Geschwistern nach Kanada zu gehen. Er hat allerdings in Deutschland ein Studium angefangen und möchte daher bleiben. Aufgrund einer psychischen Erkrankung, vermutlich ausgelöst durch traumatische Fluchterfahrungen, versäumte er Rückmeldefristen für seinen Aufenthalt. Er verliert seinen Aufenthaltstitel und lebt nun als Obdachloser auf der Straße.

Amina aus Nigeria ist mit der Versprechung, eine Arbeit zu erhalten, nach Italien gekommen. Nach der Ankunft wird sie zur Prostitution gezwungen. Sie ist ein Opfer von Menschenhändler*innen geworden. Sie schafft es, zu entkommen und stellt in Deutschland einen Asylantrag. Da ihr Ersteinreiseland in die EU Italien ist, soll sie im Rahmen

des Dublin-Verfahrens wieder nach Italien zurücküberstellt werden. Sie hat Angst, dort wieder in die Hände der Ausbeuter*innen zu fallen und taucht unter.

Illegal in Deutschland lebende Menschen haben es schwer, ihre Rechte auf Wohnen, Bildung, Sozialleistungen oder Gesundheitsversorgung wahrzunehmen. Denn dabei müssten sie offen legen, dass sie sich ohne einen Aufenthaltstitel in Deutschland aufhalten. Öffentliche Stellen sind verpflichtet, die Ausländerbehörde darüber zu informieren, man spricht von der sogenannten Übermittlungspflicht. Damit droht ihnen die Abschiebung. Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kirchlicher und nicht-kirchlicher Beratungsstellen versuchen, die bestmögliche Lösung für diese Menschen in der Illegalität zu finden.

ILLEGAL IN DEUTSCHLAND LEBENDE KINDER, JUGENDLICHE UND ERWACHSENE HABEN RECHTE!

Die Bundesrepublik Deutschland ist Vertragsstaat der Kinderrechtskonvention. Daher darf keinem Menschen (...) der Zugang zu Bildung rechtlich und faktisch verwehrt werden. (UN-KRK Art. 28) Um den Zugang zur Bildung zu gewährleisten, wurden im Jahr 2011 Bildungseinrichtungen und Erziehungseinrichtungen von der Übermittlungspflicht ausgenommen, das heißt, sie müssen einen illegalen Aufenthalt nicht melden.

Jeder Mensch hat das Recht auf den »höchsten erreichbaren Stand an körperlicher und geistiger Gesundheit«. So ist es im UN-Sozialpakt von 1966 (Art. 12) formuliert, der auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde. Jeder Mensch sollte demnach Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.

ERZIEHUNG UND BILDUNG

Kinder ohne Aufenthaltsrecht dürfen und können eine Kita oder einen Kindergarten besuchen, haben aber keinen rechtlichen Anspruch darauf und bekommen auch keine finanzielle Unterstützung, da sie von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ausgeschlossen sind. Der Besuch einer Kita scheitert häufig an »bürokratischen Hürden«.

Der Schulbesuch muss allen Kindern garantiert werden. In Deutschland wird der Schulbesuch von den Bundesländern geregelt. Entsprechend unterschiedlich sind die Regelungen. In allen Bundesländern besteht entweder eine Schulpflicht für alle Kinder oder ein Schulzugangsrecht für Kinder ohne Aufenthaltsstatus. Die Schule muss den Aufenthaltsstatus der Eltern der Kinder nicht melden. Oft scheitert aber dennoch die Aufnahme an einer Schule an Unkenntnis des mit der Aufnahme betrauten Personals oder an dem Erfordernis einer Meldebescheinigung, zum Beispiel um zu klären, dass das Kind im Einzugsbereich der Schule wohnt.

GESUNDHEITSVERSORGUNG

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben Menschen ohne Aufenthaltsstatus grundsätzlich Anspruch auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände. Sie müssen dafür aber beim Sozialamt einen Krankenschein beantragen. Das Sozialamt muss die Daten melden, sodass Abschiebung droht. Nur in Notfällen haben sie Anspruch darauf, ohne Behandlungsschein behandelt zu werden. Am besten wenden sich Menschen ohne Papiere an nicht-staatliche Institutionen wie die *Malteser Migranten Medizin, MediNetze* oder Clearingstellen.

WOHNUNG

Eine Wohnung auf dem freien Markt zu finden, ist schwierig. Wer dennoch eine Wohnung findet, ist verpflichtet, sich beim örtlichen Einwohnermeldeamt anzumelden, dieses muss die Ausländerbehörde informieren. Eine Sozialwohnung ist nur mit einem Wohnberechtigungsschein zu bekommen. Dafür müssen die persönlichen Daten offengelegt werden. In einer Flüchtlingsunterkunft müsste die Identität ebenfalls offengelegt werden. Menschen ohne legalen Aufenthalt schließen häufig Untermietverträge mit Verwandten oder Bekannten ab. Dabei können sie ihre Anonymität wahren, begeben sich aber auch in Abhängigkeit von der Hauptmieterin oder dem Hauptmieter. Mietrechte können sie dabei nur schwer geltend machen.

ARBEIT

Menschen ohne Papiere dürfen keine Beschäftigung aufnehmen, weil sie keinen Aufenthaltstitel haben. Häufig gehen sie deshalb illegale Beschäftigungsverhältnisse ein, für die sie oftmals viel zu gering bezahlt werden. Sie haben zwar Arbeitnehmer*innenrechte und einen Anspruch auf Renten- und Krankenversicherung, aber es ist für sie riskant, Versicherungsleistungen in Anspruch zu nehmen, weil dann wieder Meldepflichten zum Tragen kommen. Aufgrund ihres irregulären Aufenthaltsstatus sind sie der Willkür der Arbeitgeber*innen ausgesetzt.

Martina Liebsch ist Geschäftsführerin des Katholischen Forums *Leben in der Illegalität und der Arbeitsgruppe Menschenhandel* der Deutschen Bischofskonferenz. Davor war sie zehn Jahre International Advocacy Director von *Caritas Internationalis*, dem globalen Dachverband der nationalen Caritasverbände.

»Unsichtbar waren wir nie freiwillig«*

Marina Weisband

Sehr geehrte Menschen,

in der Ukraine hieß ich Onufriyenko. Meine Familie hat damals mit Absicht den jüdischen Namen Weisband nicht tragen wollen, wegen der Nachteile, die er bedeutete. Mein Opa, der den Holocaust überlebt hat, las sein ganzes Leben lang sehr genau alle Zeitungen, verfolgte angespannt die Stimmung im Land. 1993 sagte er: »Wir müssen gehen. Jetzt.« Ich hatte Angst vor einem unbekannten Land. Mein Vater nahm mich in den Arm und tröstete mich. Er sagte: »Keine Sorge. In Deutschland interessiert es niemanden, dass wir Juden sind. In Deutschland können wir einfach nur Menschen sein.«

Wir zogen nach Deutschland. Wir nahmen den Namen Weisband wieder an. Heute gehe ich zum Gebet durch Sicherheitskontrollen. Ich lese aufmerksam die Zeitung und beobachte die Stimmung im Land. Und ich lerne, dass der Traum vom »einfach nur Mensch sein« Arbeit bedeutet.

Ich darf hier stehen als Repräsentantin der Nachgeborenen. Einer Generation von jungen Jüdinnen und Juden, die alle ganz verschieden sind. Aber viele von uns machten lange Suchen nach Identität durch. Viele von uns setzen mühsam Scherben zusammen von dem, was einst Kultur war. Zugehörigkeit. Und Normalität.

Meine Geschichte ist für diese Generation nicht ganz ungewöhnlich: Mehr als 90 Prozent aller jüdischen Gemeindemitglieder in Deutschland entstammen dem postsowjetischen Raum.

Als ich hierher kam, habe ich mit diesem Land sehr positive Erfahrungen gemacht. Wir erhielten Hilfe. Uns wurde die Sprache beigebracht. Das Gefühl, willkommen zu sein, ist bei mir geblieben. Es hat mich später dazu inspiriert, dieser Gesellschaft irgendwie was zurückgeben zu wollen. Als sie mich dann noch eingebürgert hat und mir erlaubt hat, dieses Parlament mitzubestimmen – ohne Fragen nach meinen Vorkenntnissen oder meinen Motiven zu stellen – bin ich in eine Partei eingetreten. Ich hatte das Gefühl, diese Gesellschaft geht mich etwas an. Ich bin Teil von ihr. Wir waren dahingehend sehr viel privilegierter als andere Flüchtlinge.

Gleichzeitig bleibe ich zum Teil fremd. Während des Studiums begann es mit verwunderten Ausrufen, die mich eher fühlen ließen wie ein Zootier: »Du bist die erste Jüdin, der ich begegne«. Da war oft diese Mischung aus Mitgefühl und Beklemmung. Wir Juden waren diese Fabelwesen, über die man schreckliche Dinge gelernt hat in Geschichtsbüchern und die prinzipiell nur schwarz-weiß waren.

Ich musste mich rechtfertigen für israelische Politik, für religiöse Bräuche, für angebliche überproportionale Sichtbarkeit und ver-

dächtige Unsichtbarkeit. Teil einer kleinen Minderheit zu sein, bedeutet immer, alle zu repräsentieren und von allen repräsentiert zu sein. Ob man will oder nicht.

Und unsichtbar waren wir nie freiwillig. Ich erinnere mich noch daran, wie unsere Gruppe junger Menschen in unserer Gemeinde versucht hat, einen jüdischen Stammtisch zu gründen, der bewusst nicht in der Gemeinde stattfinden sollte. Wir wollten vor allem die jüdischen Student*innen dorthin einladen, die mit Religion vielleicht nicht viel anfangen konnten. Als wir aber im Lokalblatt eine Anzeige dafür schalten wollten, riet uns die Polizei nachdrücklich davon ab, etwas zu veröffentlichen, das Zeit und Ort enthielt. Aus Sicherheitsgründen. Deshalb sind wir unsichtbar. Auch in diesem Land ist es für uns noch immer zu gefährlich, sichtbar zu sein. Wir verschicken unsere Gemeindepost in unmarkierten Briefumschlägen. Wir laufen zum Gebet, ins Gemeindezentrum, in die jüdische Schule und den Kindergarten an bewaffneten Wächtern vorbei. Und wir sind dankbar für den Schutz – aber das macht etwas mit einem. Und wenn eine Alltäglichkeit wie ein jüdischer Stammtisch mit Bier und Witzen nur halb so viel Öffentlichkeit bekommen würde wie jede antisemitische Aussage, die von dahergelaufenen Provokateuren zwecks Medienzirkus in die Welt gespien wird, dann wäre unsere Situation eine andere!

Jüdin in Deutschland zu sein bedeutet, durch seine bloße Existenz die Erinnerungen der Shoa und des modernen Antisemitismus, von Schuld und Versöhnung in sich zu tragen. Ich wollte nie eine Expertin in Antisemitismus sein. Ich bin Beteiligungspädagogin! Mein Thema ist Bildung! Trotzdem halte ich bei der Polizei Vorträge zu Antisemitismus, trotzdem drehe ich Aufklärungsvideos, trotzdem werde ich angerufen, wenn irgendwo was passiert.

Dass jüdisches Leben hierzulande im Schatten der Shoa steht, bedeutet nicht nur, dass wir mit dem Gedenken leben, was unseren Familien widerfahren ist, und mit dem Trauma, das über die Generationen bis zu uns vererbt wurde. Unsere Großeltern waren traumatisiert oder wurden ermordet. Unsere Eltern waren traumatisiert. Unsere Kinder sehen und lernen mit Schrecken. Umso schmerzhafter ist für mich diese Debatte über einen vermeintlichen Schlussstrich, solange wir keinen ziehen können.

Es bedeutet vor allem zu verstehen, dass es geschehen ist und folglich wieder geschehen kann. Es bedeutet zu verstehen, dass Antisemitismus nicht da beginnt, wo auf eine Synagoge geschossen wird. Dass die Shoa nicht mit Gaskammern begann. Es beginnt mit Verschwörungserzählungen. Es beginnt mit Tiraden über eine angebliche jüdische Opferrolle. Nur um es mal klar zu sagen: Wir können den Anfängen nicht wehren, weil es ein stetiger Prozess ist. Weil jetzt gerade Waffen gesammelt werden. Weil jetzt gerade rechte Strukturen in der Polizei und beim Militär nicht konsequent aufgedeckt werden. Weil Menschen wie ich jetzt und heute Morddrohungen bekommen.

Ich höre sehr oft von Menschen, dass wir die Einteilung in Schubladen lassen sollen – Schwarz und Weiß, Jüdisch oder nichtjüdisch, homo oder hetero. Dass wir einfach nur Menschen sein sollen. Und das ist eine wirklich schöne Vision. Ich will dahin. Aber »einfach nur Mensch sein« ist ein Privileg derer, die nichts zu befürchten haben aufgrund ihrer Geburt.

»Einfach nur Mensch sein« bedeutet, dass jüdisches Leben unsichtbar gemacht wird. »Einfach nur Mensch sein« bedeutet, dass Strukturen von Unterdrückung unsichtbar gemacht werden. Denn jede Unterdrückung – sei es Sexismus, Rassismus, Antisemitismus – lebt davon, dass sie für die Nichtbetroffenen unsichtbar ist. Wenn wir wirklich das Ziel haben, dass es egal sein soll, wie man geboren

SO GENANNTE JÜDISCHE KONTINGENTFLÜCHTLINGE

Zwischen 1991 und 2004 wanderten knapp 220.000 Jüdinnen und Juden aus dem postsowjetischen Raum im Rahmen des Kontingentflüchtlingsgesetzes nach Deutschland ein. Diese Möglichkeit ging auf einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz von Januar 1991 zurück.

wurde – dann müssen wir den Finger in diese Wunden legen und wir müssen benennen, wer allein aufgrund seiner Geburt um einen Platz in der Welt kämpfen muss und wer nicht.

Denn sie ist nicht ausgestorben, diese Überzeugung, dass es Menschen gibt, deren Würde mehr wert ist. Dass es Menschen gibt, die in dieser Gesellschaft mehr Platz verdienen als andere. Und es ist eine Aufgabe der Solidarität, Seite an Seite mit allen Minderheitengruppen dafür zu kämpfen, wofür die Verfassung dieses Landes steht und was bislang immer eine Utopie war – die Selbstverständlichkeit unserer Koexistenz. Ich sehe es nicht ein, uns darin gegeneinander ausspielen zu lassen!

Das ist für mich jüdisches Leben in Deutschland: ambivalent, voller Gemeinschaft und Solidarität, voller Angst und Frustration. Juden sind eine Religionsgemeinschaft, aber wir sind auch eine Volksgemeinschaft – in anderem Sinne, als man im deutschen Sprachgebrauch »völkisch« verwendet. Der wichtigste Unterschied zwischen diesen Begriffen ist, dass sich das Jüdische Volk nicht als eine ethnisch-rassische, sondern als eine Schicksalsgemeinschaft versteht. Das ist vielleicht der rätselhafteste Teil für nichtjüdische Zuhörer*innen. Weil es schwer ist, zu erklären, was das gemeinsame Schicksal aller dieser sehr verschiedenen Menschen ist, die verschiedene Länder bewohnen und deren Geschichten und Einstellungen verschieden sind. Hier ist ein verbindendes Element: Wir gedenken der Shoa und haben das Glück, noch jenen zuhören zu dürfen, die sie überlebt haben. Aber dies ist die letzte Generation, die das noch kann. Wir, die Nachkommen, stehen jetzt der Tatsache gegenüber, dass mehr und mehr Augenzeugen von uns gehen. Und dass wir das Gedenken dennoch irgendwie weitertragen, lebendig halten müssen.

WIR müssen antworten auf jene, die fragen: »Warum müssen wir dieses alte Zeug aufrollen?« Wir sind jene, die alle aus der Vergangenheit gezogenen Lehren in eine Zukunft überführen müssen. Wir müssen einen Weg finden, das Gedenken der Shoa weiter zu tragen, ohne uns selbst zu einem lebendigen Mahnmal zu reduzieren. Wir sind diejenigen, die unter den Porträts unserer Großeltern und Urgroßeltern eine neue Gesellschaft bauen müssen. Eine, in der vielleicht, irgendwann, eine jüdische Kultur gelebt werden kann und mit einer schlichten Selbstverständlichkeit behandelt wird.

Und dann können wir tatsächlich einfach nur Menschen sein.

Marina Weisband ist Diplompsychologin und Expertin für digitale Partizipation und Bildung. Sie kam 1994 mit ihrer Familie aus der Ukraine nach Deutschland. Von 2011 bis 2012 war sie politische Geschäftsführerin der Piratenpartei Deutschland. Heute engagiert sie sich bei den Grünen in den Themenbereichen Digitalisierung und Bildung.

** Die Rede wurde von Marina Weisband zuerst am 27. Januar 2021 im Bundestag gehalten. Das Manuskript wurde am 28. Januar 2021 auf ihrer Website www.marinaweisband.de veröffentlicht.*

»Viele sehen Geflüchtete nur als Menschen an, die Hilfe brauchen«

Empowerment von Geflüchteten

Adam Bahar hat im Sudan Wirtschaft studiert und als Journalist gearbeitet. Wegen seines politischen Engagements musste er fliehen, seit 2012 lebt er in Deutschland. Beim Verein XENION, der geflüchteten Menschen psychotherapeutische Hilfe, soziale Beratung und Begleitung bietet, gibt er Workshops und berät Geflüchtete.

Ute Brenner: Sie wurden im Sudan politisch verfolgt, was haben Sie dort gemacht?
Adam Bahar: Ich war politisch aktiv, auch als Journalist, und hatte kritische Artikel geschrieben über die Situation im Land. Am Ende musste ich wegen dieser politischen Arbeit das Land verlassen. Meine Flucht war eine lange schwierige Reise. Es dauerte ein Jahr, bis ich in Deutschland war.

Beim Verein XENION arbeiten Sie als Empowerment-Trainer. Wie sieht Ihre Arbeit aus?
Die Menschen mit Fluchterfahrung, die in Deutschland leben, sind oft ausgeschlossen. Sie haben wenig Kontakte, leben isoliert, ihre Situation ist schwierig. Ich habe das selbst auch erlebt. Wir bei XENION glauben, dass die Menschen neben der psychosozialen und therapeutischen Begleitung noch andere Unterstützung benötigen. Ihre Isolation muss durchbrochen werden, sie brauchen andere Aktivitäten und eine Zukunftsperspektive in diesem Land. Dafür sind die Empowerment-Angebote ganz wichtig. Es geht uns darum, dass die Geflüchteten zusammenkommen und sich miteinander vernetzen, damit sie über ihre Probleme sprechen können. Gleichzeitig ist meine Empowerment-Arbeit mit der Arbeit von Therapeut*innen verknüpft. Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, dass die Menschen ihre eigene Powerquelle finden und sich sagen ›ich bin wertvoll, ich habe etwas zu bieten‹ oder ›meine Sprache ist wertvoll‹. Wir machen zum Beispiel viel Biografie-Arbeit. Ich leite Workshops und gebe Seminare für Gruppen von etwa zehn bis zwölf Menschen. Manchmal arbeiten wir auch in kleinen Gruppen, weil Teilnehmende einen sicheren Raum benötigen. Dabei geht es zum Beispiel um Erfahrungen mit Alltagsrassismus.

Wie ist die Situation für Geflüchtete in Deutschland heute? Welche Rückmeldungen bekommen Sie und welche Erfahrungen machen Sie dazu in Ihrer Arbeit?
Durch die Corona-Pandemie hat sich die Lage verschärft, gerade jüngere Menschen haben zusätzliche Schwierigkeiten. Die Geflüchteten leben in Heimen und die Möglichkeit, sich mit anderen zu treffen, haben sie nicht mehr. Junge Leute vermissen ihren Sport oder die Schule. Auch für uns ist es in dieser Situation schwierig, die Menschen zu unterstützen; viele Angebote, vor allem für Gruppen, sind aktuell schwer umzusetzen. Dennoch versuchen wir, wo es nur geht, Beratungen anzubieten und zu ermöglichen.

Wo und wie funktioniert es, dass sich Menschen mit und ohne Flucht- und Zuwanderungsgeschichte gleichberechtigt begegnen?
Bestimmt gibt es solche Orte, aber sie sind schwierig zu finden, weil wir in einer Gesellschaft leben, in der wir alle nicht frei von Vorurteilen sind. Viele sehen Geflüchtete nur als Menschen an, die Hilfe brauchen. Mit dieser Perspektive gibt es keine Augenhöhe mehr. Das liegt auch an der Asylpolitik, die Geflüchtete zu hilfsbedürftigen Menschen macht. Das möchten wir gern bei XENION durchbrechen, indem wir mit den Menschen gemeinsam ihre Stärken herausarbeiten, sie empowern und ihnen zeigen, dass sie auch selbst etwas machen können. Sie sollen nicht nur darauf warten, ob sie Asyl bekommen. Sie können eine eigene Zukunftsvision entwickeln und diese selbst gestalten.

Wie können wir erreichen, dass wir gemeinsam die Gesellschaft gestalten, in der wir zusammenleben?
Zuerst muss die deutsche Gesellschaft verstehen, dass Migration Realität ist. Es gibt diese Menschen in Deutschland, sie kommen hierher und sie leben hier. Der zweite Schritt ist miteinander zu reden, sich kennenzulernen. Den dritten großen Schritt muss die Politik machen. Die Asylpolitik sorgt bisher dafür, dass die Menschen keine Möglichkeit haben, sich als Teil der Gesellschaft zu sehen, und umgekehrt auch die Gesellschaft diese Menschen nicht als Teil der Gesellschaft sieht. Die Gesellschaft sollte ihre Türen öffnen, sodass die Geflüchteten sich nicht mehr ausgegrenzt fühlen.

Ute Brenner, Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

Saša Stanišić

Dem Zufall entgegen

In Bosnien hat es geschossen am 20. August 1992, in Heidelberg hat es geregnet. Es hätte auch Osloer Regen sein können; Heimat ist Zufall – dort wirst du geboren, hierhin vertrieben, drüben vermachtest du deine Nieren an die Wissenschaft. Glück hat, wer den Zufall beeinflussen kann. Wer sein Zuhause nicht verlässt, weil er muss, sondern weil er will.

Heidelberg begann für mich als eine temporäre Stadt, eine unwirkliche Rettung aus der wirklich gewordenen Unwirklichkeit des Krieges. Am 20. August 1992 kam nach dem Regen die Sonne. Meine Mutter wollte mir, dem verunsicherten Jungen, etwas Gutes tun. Das Geld reichte für eine Kugel Eis. Die andere schenkte uns der Eisverkäufer. Mit den Waffeln in der Hand spazierten wir neben einem Fluss, der wie alles namenlos war: die Straßen, die Gebäude, die Farben. Wir verstanden niemanden, niemand verstand uns. Das einzige, was ich auf Deutsch sagen konnte, war »Lothar Matthäus«.

Oberhalb der Altstadt thronte die blassrote Ruine eines Schlosses. Japaner kraxelten darauf herum und machten Fotos. Alles war selbstverständlich: eine touristische Attraktion und die Touristen, der Schokoladengeschmack vom Schokoladeneis. Und auch wir schienen plötzlich dazu zu gehören – eine Mutter und ein Sohn auf einem kleinen Platz, der bald nicht mehr namenlos sein würde: Karlsplatz. Wie andere Mütter und Söhne auf anderen Plätzen, die inne halten vor einem imposanten Bauwerk.

Hier waren wir fremd, doch viel wichtiger, die Fremde war nicht lebensbedrohlich. Der Anblick des Schlosses wird für mich immer nach Schokoladeneis schmecken. Und nach Sicherheit, die zum ersten Mal nach der Flucht fassbar wurde. Dieses Glück hatten viele nicht. Kein Zufall konnte sie retten. Politischer Unwille erschwerte ihr Ankommen – erschwert es heute immer noch: in Syrien, im Jemen, in Libyen, aber auch wieder in Bosnien, in Griechenland und auf all den Wegen in die EU.

Gerade die letztgenannten, die im Mittelmeer ertrinkenden, erfrierenden Menschen und jene, die es ans Festland schaffen, dann aber an den Grenzen der EU aufgehalten oder von dort zurückgeschickt werden, entlarven die Wirklichkeit der europäischen Flüchtlingspolitik und überhaupt humanistischer Werte als Farce. Statt für legale Wege und eine sichere und schnelle Einreise zu sorgen und in einzelnen Ländern sinnvolle Unterbringungs- und Unterstützungsmodelle zu schaffen, wird die Hilfeleistung unterlassen, geschehen Pushbacks, werden schutzbedürftige Menschen sich selbst überlassen. Eine noch größere humanitäre Katastrophe wird nur durch den Einsatz freiwilliger Helfer*-innen verhindert.

Ich lebe seit 29 Jahren in Deutschland. In der ersten, der schwierigsten Zeit, bin ich Menschen begegnet, in der Nachbarschaft, in Behörden, die, ohne viel Aufhebens, bereit waren zu helfen. Ich trat zufällig in ihr Leben, sie reichten mir die Hand. Ohne sie wäre ich abgeschoben worden, diesen Text würden andere schreiben. Oder: niemand. Unser zufälliges Zusammenkommen werteten sie mit einer absichtsvollen Wohltat auf. Wie der Eisverkäufer in Heidelberg mit einfacher Großzügigkeit. Der Schwache kann nicht immer und allein für das eigene Glück verantwortlich sein.

Saša Stanišić floh 1992 mit seinen Eltern vor dem Bosnienkrieg nach Heidelberg. 2014 erhielt er für seinen Roman »Vor dem Fest« den Preis der Leipziger Buchmesse. Sein 2019 erschienener Roman »Herkunft« wurde mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet. Saša Stanišić ist Mitglied im ASF-Kuratorium.

Erstabdruck in: akzente 4/2015

»Niemand flieht ohne Grund«

Momodou K.* über seine Eindrücke als Teilnehmer an einem ASF-Bildungsprogramm für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Dort, wo ich herkomme, haben wir eine bestimmte Tradition: Wir kommen zusammen und die Leute, die viel Wissen haben, erzählen. Wenn sie zum Beispiel ein Buch über Geschichte gelesen haben, dann geben sie dieses Wissen an die anderen Menschen in der Runde weiter. Das ist vielleicht nicht immer ganz richtig, weil die Person, die erzählt, die Geschichte anders oder nicht ganz richtig verstanden hat. Aber so habe ich auch von der nationalsozialistischen Geschichte gehört.

Ich komme aus Gambia und bin über Libyen und Italien 2015 nach Deutschland gekommen. Meine Mutter und meine fünf Geschwister leben noch in Gambia. Ich bin der erste Sohn und muss meiner Mutter helfen. Deshalb muss ich hier in Deutschland einen guten Weg finden, damit es auch meiner Familie gut geht, damit sie nicht unzufrieden ist. Ich mache jetzt erst mal meinen Hauptschulabschluss und dann hoffentlich eine Ausbildung als Industriemechaniker oder Sanitäter. Das würde ich mir wünschen.

Aber ich habe Angst, dass mein Traum nicht mehr Wirklichkeit wird. Mein Traum, in Deutschland zu bleiben, hier die Schule zu besuchen und eine Ausbildung zu machen. Eigentlich machen die Politik und die Gesellschaft in Deutschland viel dafür, dass sich die Geschichte des Nationalsozialismus nicht wiederholt.

Jetzt hat es eine Partei wie die AfD in den Bundestag geschafft. Ich habe viele nette Menschen in Deutschland kennengelernt, aber es gibt trotzdem so viele, die sagen: »Deutschland soll nur für Deutsche sein. Du und Du und Du, ihr sollt gehen.« Aber wer ist deutsch? In jedem Land sollten und können Menschen mit verschiedener Herkunft leben. Wir alle sind doch Teil dieser Erde. Viele Menschen kommen, so wie ich, mit großer Hoffnung nach Europa und nach Deutschland.

Mit dem Wissen um die Geschichte kann man die Welt verstehen und man kann sich orientieren. Deshalb finde ich, dass es wichtig ist, sich mit der Geschichte zu beschäftigen und sich auszukennen. Es kann sein, dass wir in zehn Jahren in unsere Länder zurückkehren. Dann können wir in unserem Land unser Wissen und unsere Meinung einbringen. Wenn ich um die Geschichte des Nationalsozialismus weiß, dann weiß ich doch ganz klar, welche Haltung und Meinung ich haben muss. Eben eine demokratische Haltung mit vielen Ideen. Und vielleicht kann ich auch eines Tages dieses Wissen mit nach Gambia nehmen und das Land verändern und weiterbringen.

Durch das ASF-Seminar in Berlin habe ich viel über die Geschichte des Nationalsozialismus gelernt und neue Informationen bekommen. Ich finde es gut, dass es das Denkmal für die ermordeten Juden Europas gibt. Das Denkmal hat mich an einen Friedhof erinnert. Es gibt diesen Ort, an den alle kommen können, ob sie in Berlin wohnen oder als Touristen da sind. Den Ort, an dem man an die ermordeten Juden erinnert. Der Ort erinnert und sagt: Schaut in die Geschichte und seid wachsam. Passt auf, dass sie sich nicht wiederholt.

Zwei Geschichten haben mich während der Studienreise besonders bewegt. Im Haus der Wannsee-Konferenz habe ich ein Foto gesehen. Ein Foto, das die Ankunft jüdischer Kinder in London zeigt. Die Geschichte der Kindertransporte, die Flucht der jüdischen Kinder unter 18 Jahren nach England, hat mich sehr bewegt und viel in meinem Kopf ausgelöst. Die Kinder mussten damals aus Deutschland fliehen, alleine, um ohne ihre Eltern zu überleben. Es gibt Dinge, die man nicht vergleichen kann, doch ich bin ja auch ein Flüchtling und deshalb hat mich die Geschichte der Kinder so berührt. So wie die Geschichte der Frau, die in der Blindenwerkstatt gearbeitet hat und heute noch lebt, Inge Deutschkron. Sie hat ihren Namen auf ihren Papieren geändert, damit sie bei einer Kontrolle nicht als Jüdin erkannt und verfolgt und ermordet wird.

Man kann nicht immer korrekt sein im Leben. Ich fühle mich eigentlich schlecht, wenn ich etwas falsch mache, gegen die Gesetze verstoße. Aber was soll man in so einer Situation von Unrecht und Verfolgung tun? Das hat mich ein bisschen an die Situation von Menschen auf der Flucht heute erinnert. Den Namen zu wechseln, das ist wie ein neues Leben zu beginnen. Das ist doch keine leichte Entscheidung.

In Deutschland leben viele geflüchtete Menschen und es gibt Probleme mit Rassismus. Das erlebe ich auch persönlich. Als Schwarzer werde ich zum Beispiel nicht in Clubs gelassen, und das wird mir ins Gesicht gesagt. Oder ich werde rassistisch beleidigt. Aber ich habe auch gemerkt: Wenn man Deutsch sprechen kann und sich mit der Geschichte auskennt, dann bekommt man leichter Respekt von anderen, und das hilft auch, diese Probleme zu lösen. Man kann sich dann besser zur Wehr setzen und diskutieren.

Jeder sollte das Recht haben, zu kommen, zu bleiben und zu gehen. Das ist mein Wunsch für die Politik. Niemand flieht ohne Grund. Manchmal scheinen diese Gründe für die anderen nicht wichtig genug zu sein, aber Mutter und Vater, die Familie hinter sich zu lassen, das ist nicht einfach. Niemand flieht ohne Grund. Jeder Mensch sollte das Recht haben, zu kommen, zu bleiben und zu gehen. Das wäre menschlich.

*Name geändert

Erstabdruck in: Biografische Betrachtungen von Geflüchteten auf die nationalsozialistische Geschichte. Ein Projekt von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. 2017.

Keine sicheren Orte – Angriffe auf Geflüchtete

Heike Kleffner

Rassistisch, antisemitisch und rechtsextrem motivierte Attentate haben in den vergangenen 24 Monaten dreizehn Todesopfer in Istha bei Kassel, in Halle (Saale) und Hanau gefordert. Hunderte von Menschen wurden im gleichen Zeitraum bei rechten Angriffen verletzt; dutzende Imbissbetreiber*innen, Bar-, Restaurant- und Ladenbesitzer*innen haben durch antisemitisch, rassistisch und rechtsextrem motivierte Brandanschläge ihre Existenzgrundlage verloren.

Rassismus und Antisemitismus sind dabei die zentralen Motive der Täter*innen. Geflüchtete gehören zu denjenigen, die besonders gefährdet sind, beleidigt, bedroht und angegriffen zu werden. In den nachfolgenden Beispielen aus dem Jahr 2020 wird deutlich, dass es keine sicheren Orte für Geflüchtete gibt:

Am 19. Februar 2020 verüben unbekannte Täter*innen einen Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Soest (Nordrhein-Westfalen). Dabei wird ein 43-jähriger Bewohner leicht verletzt.

In der Nacht vom 1. Mai 2020 werden in Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt zwei 21-jährige Geflüchtete aus Syrien von drei Unbekannten umringt, die sie dann rassistisch und homophob beleidigen und angreifen. Einer der Betroffenen überlebt nur durch glückliche Umstände – mehrfache Operationen und intensivmedizinische Betreuung sind nötig.

Ein geflüchteter junger Mann aus Gambia ist am 13. Mai 2020 auf dem Weg zu seiner Arbeitsstätte in Wittstock/Dosse in Brandenburg, als ihm zwei Rechte mit ihrem Auto den Weg abschneiden. Die Männer steigen aus, beleidigen den Auszubildenden rassistisch und schlagen dann auf ihn ein. Dabei kommt ein dritter Rechter hinzu, der den Betroffenen mit einem Baseballschläger verletzt.

Im Stadtpark von Guben (Brandenburg) umzingelt am 16. Mai 2020, eine Gruppe von bis zu 20 rechten Jugendlichen vier teils noch minderjährige Geflüchtete nahe ihrer Unterkunft und beschimpft sie rassistisch. Zwei der Angegriffenen können fliehen. Die Angreifer*innen schlagen und treten auf die zwei verbliebenen Geflüchteten ein. Diese müssen im Krankenhaus behandelt werden.

Am 16. Juli 2020 wird ein Geflüchteter in der 7.000-Einwohnerstadt Esens in Niedersachsen von einem Neonazi-Nachbarn durch einen Bauchschuss lebensgefährlich verletzt.

Im März 2021 hatte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Abgeordneten Ulla Jelpke mitgeteilt, dass im Jahr 2020 mehr als 1.600 strafrechtlich relevante Vorfälle gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte registriert wurden – darunter waren auch etwas mehr als 200 Gewalttaten. Mit anderen Worten: Alle zwei Tage ereignet sich irgendwo in Deutschland ein gewalttätiger, politisch rechts motivierter Angriff auf Männer, Frauen, Kinder und Jugendliche, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung, Folter und Krieg suchen. Dass die Zahlen der Behörden dabei keineswegs das reale Ausmaß rechter Gewalt gegen Geflüchtete abbilden, sondern allenfalls einen Ausschnitt der Realität, zeigt sich am Beispiel des lebensgefährlichen Angriffs auf die beiden jungen schwulen Männer aus Syrien in Halle (Saale) am 1. Mai 2020. Nachdem die Staatsanwaltschaft Halle (Saale) monatelang die Ermittlungen verschleppt hatte, ist der Angriff jetzt lediglich als versuchter Totschlag angeklagt, obwohl die Tat aus niederen Beweggründen – nämlich Rassismus und Homophobie – begangen wurde. Schon unmittelbar nach der Tat hatte die Polizei in einer Pressemitteilung zu dem Angriff das rassistische Motiv nicht genannt, und auch die Anklage geht nicht von Rassismus als Motiv der Täter aus. Entsprechend hat auch das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt, das alle politisch rechts motivierten Gewalttaten an das Bundeskriminalamt melden soll, diesen Angriff nicht weitergeleitet, sodass er keinen Eingang in die Statistik für 2020 gefunden hat.

Dass es sich hier keineswegs um einen Einzelfall handelt, zeigt ein Vergleich zwischen dem unabhängigen Monitoring zum Ausmaß rechter Gewalt durch die Opferberatungsstellen und den Statistiken der Ermittlungsbehörden.

Allein im Jahr 2019 ereigneten sich laut Bundesinnenministerium mindestens 758 politisch rechts motivierte Gewalttaten im Themenfeld »Hasskriminalität«. Tatmotive für zwei Drittel der in diesem Themenfeld von den Strafverfolgungsbehörden registrierten Gewalttaten waren laut Bundeskriminalamt »Rassismus« und »Fremdenfeindlichkeit«. Die im *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e. V.)* zusammengeschlossenen Beratungsstellen gehen von einem wesentlich höheren Ausmaß rassistisch motivierter Gewalt aus: Allein in den acht ostdeutschen Bundesländern sowie Berlin, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die unabhängigen Beratungsstellen 2019 insgesamt 1.347 politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierte Gewalttaten mit 1.982 direkt davon Betroffenen registriert. Davon waren 841 Angriffe rassistisch motiviert.

Eine Unterkunft für Geflüchtete in Berlin nach einem Brandanschlag 2016.

Der »Deutsche Viktimisierungssurvey 2017«, für den das Kriminalistische Institut des BKA bei einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage mehr als 30.000 Menschen ab 16 Jahren nach ihren Opfererfahrungen befragt hatte, verweist ebenfalls auf ein höheres Ausmaß rassistisch motivierter Gewalttaten als die in der Statistik zu Politisch motivierter Kriminalität (PMK) im Themenfeld »Hasskriminalität« für 2019 ausgewiesenen knapp zwei Gewalttaten täglich. Die BKA-Studie 2017 geht davon aus, dass sich bundesweit 22,9 Fälle von vorurteilsgeleiteten Körperverletzungen aus dem Themenfeld »Hasskriminalität« pro 1.000 Einwohner*innen ereignen. Eine Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2017 zu »Erfahrung und Folgen von Vorurteilskriminalität« kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Mehrzahl vorurteilsmotivierter Straftaten von den Opfern nicht angezeigt wird – die mittlere Anzeigequote liege demnach bei 29,3 Prozent.

Schlussfolgerungen über die Staatsbürgerschaft oder den jeweiligen Aufenthaltstitel der Angegriffenen lassen sich aus den PMK-Statistiken und den Themenfeldern »Rassismus« oder »Ausländerfeindlichkeit« kaum ziehen. Anhand der regelmäßigen parlamentarischen Anfragen zu flüchtlingsfeindlichen Gewalttaten sowie der BKA-Lagebilder zu flüchtlingsfeindlichen Straftaten und der Vorfalls-Chroniken der Opferberatungsstellen wird aber deutlich, dass Geflüchtete eine Hauptbetroffenengruppe rassistischer Gewalt sind. Im Beratungsalltag der Opferberatungsstellen zeigt sich, dass aus rassistischen Motiven angegriffene Geflüchtete bei einfachen Körperverletzungsdelikten häufig auf eine Strafanzeige verzichten, unter anderem weil sie aus Unkenntnis der Rechtslage negative Auswirkungen auf ihre Asylverfahren oder ihren Aufenthaltsstatus befürchten. Diese Angst haben insbesondere auch Menschen, die lediglich im Status der Duldung in Deutschland leben und jederzeit mit einer Abschiebung in ihre Herkunftsländer oder in vermeintliche »Drittstaaten« rechnen müssen. Im schlimmsten Fall werden ihnen durch die Abschiebung grundlegende Rechte komplett genommen, etwa das Recht, sich als Opfer einer Gewalttat als Nebenkläger*in am Strafverfahren zu beteiligen, in einer Zeugenaussage zur konkreten Schilderung der Tatumstände und der Tatmotivation beizutragen und Schadenersatz zu verlangen. Mit einer Abschiebung werden die Betroffenen all dieser Rechte beraubt. Es findet ein Rechtsbruch statt. Die Forderung nach einem humanitären Bleiberecht für Betroffene rassistischer Gewalt ohne gesicherten Aufenthaltstitel und dessen gesetzlicher Verankerung ist daher ein Kernanliegen der Opferberatungsstellen.

Heike Kleffner ist Journalistin und Geschäftsführerin des *Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.* Im April 2021 erscheint der von ihr mitherausgegebene Sammelband: »Fehlender Mindestabstand: Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde« bei Herder. Von 2009 bis Mai 2012 war sie Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.*

Quelle: Else Lasker-Schüler – Sämtliche Gedichte, FISCHER Taschenbuch 2016
Weitere Angaben zur Autorin auf Seite 46.

Else Lasker-Schüler

Mein blaues Klavier

Ich habe zu Hause ein blaues Klavier
Und kenne doch keine Note.

Es steht im Dunkel der Kellertür,
Seitdem die Welt verrohte.

Es spielten Sternenhände vier –
Die Mondfrau sang im Boote.
– Nun tanzen die Ratten im Geklirr.

Zerbrochen ist die Klaviatur.
Ich beweine die blaue Tote.

Ach liebe Engel öffnet mir
– Ich aß vom bitteren Brote –
Mir lebend schon die Himmelstür,
Auch wider dem Verbote.

»Der Stillstand in der Flüchtlingspolitik wird auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen«

Ein Gespräch mit Ilse Junkermann und Jutta Weduwen: über die Aufnahme von Geflüchteten, die Rolle der Kirche und die Bedeutung des Themas für *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

Ute Brenner: Im Jahr 2015 war der Begriff der Willkommenskultur in aller Munde, viele Menschen und Kirchengemeinden haben sich für die Aufnahme von Geflüchteten engagiert. Wie erleben Sie die politische und gesellschaftliche Situation diesbezüglich heute?

Ilse Junkermann: Die Entscheidung zu Grenzöffnungen und zur Aufnahme von gestrandeten Flüchtlingen im Jahr 2015 war, so mein Eindruck, von einem starken Barmherzigkeitsimpuls geleitet. Die große Not so vieler Menschen, die menschenunwürdigen Verhältnisse mitten in Europa, bewegte die Gewissen und die Herzen der Verantwortlichen, sie übernahmen dafür konkrete Verantwortung, auch im Sinne eines »Nein, dafür wollen wir nicht stehen, das widerspricht den Werten Europas im Kern«. Die herzlichen Szenen an den Bahnhöfen und die vielen Willkommensinitiativen, die vor Ort gegründet wurden, gaben dieser Entscheidung recht. »Wir schaffen das« – und wir hätten es schaffen können! Doch sehr schnell gewannen die politischen Angstmacher die Oberhand – und Angst verschließt die Herzen. Seitdem erlebe ich die gesellschaftliche und politische Situation als eine Art Stillstand. Denn es gelingt in Europa nicht, sich auf eine gemeinsame menschenwürdige Flüchtlingspolitik zu einigen, zu groß sind die Ängste vor der politischen Auseinandersetzung und dem Machtverlust im eigenen Land. Dieser »Stillstand« wird auf dem Rücken der Flüchtlinge an den Grenzen Europas ausgetragen, dieser »Stillstand« konterkariert die Werte, für die Europa steht. Selbst wiederholte Berichte und Bilder von den katastrophalen Zuständen in den Lagern haben eine nur geringe Wirkung; und auch die Angebote der vielen Städte, die sich zu »sicheren Häfen« erklärt haben, werden nicht als Teil einer menschenfreundlichen Politik aufgenommen, um aus der Sackgasse »Priorität hat eine gesamteuropäische Politik« zu kommen. Gut, dass die unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Gemeinden, Flüchtlingsinitiativen und Organisationen bis hin zur EKD beharrlich für Rettung in Seenot, für die Rechte von Flüchtlingen an den Grenzen Europas und für ein friedliches Zusammenleben vor Ort eintreten und Patenschaften übernehmen. Ich wünsche mir, die politisch Verantwortlichen würden mehr auf die Bürgerinnen und Bürger und ihr bürgerschaftliches Engagement für ein gerechtes Miteinander vertrauen! 2015 hat gezeigt, wie viele dazu bereit sind und bis heute in unzähligen Gruppen und Initiativen Integration und freundschaftliches Miteinander stärken.

Welche Erfahrungen haben Sie als Bischöfin gemacht, als Sie sich für die bessere Aufnahme und den Schutz von Geflüchteten eingesetzt haben?

Ilse Junkermann: Die Menschen in den Flüchtlingsinitiativen und -gruppen vor Ort waren sehr froh über die öffentlich-politische Unterstützung ihrer Arbeit »von oben«, darüber, dass ihre Arbeit gesehen und gewürdigt wurde und wird. Insbesondere für die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Gegnern vor Ort und in der Öffentlichkeit wurden meine klaren öffentlichen Worte und Stellungnahmen sehr positiv aufgenommen und als Stärkung erfahren. Zugleich haben sie zu Wellen von Beschimpfungen im Internet geführt, zu Hass-Kommentaren und sexistischen Verunglimpfungen im Netz bis hin zu konkreten Bedrohungen. Das hat mir Angst gemacht – und mich zugleich darin bestärkt, Gesicht zu zeigen und mich nicht einschüchtern zu lassen. Besonders stärkend waren für alle Beteiligten öffentliche Aktionen mit vielen sehr unterschiedlichen Engagierten, wie die »Meile der Demokratie« in Magdeburg, die Friedensgebete in Tröglitz oder die Mahn-Andachten und Protestgänge gegen die Rechtsrockkonzerte in Themar.

Welche Initiativen und welches Engagement zeigt ASF zur Unterstützung von Geflüchteten?

Jutta Weduwen: Freiwillige von ASF sind in verschiedenen Ländern in der Unterstützung von Geflüchteten aktiv. So hilft zum Beispiel eine Freiwillige bei *Asyl in der Kirche* in Berlin; in den Niederlanden, in Großbritannien, der Ukraine, in Israel und in Belgien unterstützen Freiwillige Geflüchtete in einer Wohngemeinschaft sowie in Beratungs- und Unterstützungsprojekten. In fast allen sozialen Projekten gehören Geflüchtete zu den Zielgruppen, etwa in Frauenhäusern, Suppenküchen und Kleiderkammern. Darüber hinaus ist das Thema Flucht in der Begegnung mit vielen jüdischen Überlebenden präsent, zum Beispiel in der Begegnung mit Überlebenden der Kindertransporte in England oder bei Menschen, denen in den 1930ern die Flucht aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern gelungen ist. Seit 20 Jahren gibt es den Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« bei ASF. Darin bieten

wir Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichten Bildungsprogramme an, bei denen es vor allem um die Beschäftigung mit der NS-Geschichte geht. Daran knüpfen sich Gespräche über die Geschichten der zugewanderten Menschen an, die viel zu wenig bekannt sind. In Publikationen erzählen wir diese Geschichten, die von Flucht und Migration geprägt sind. Zudem hat ASF Materialien für die Bildungsarbeit zum Themenfeld »Migration, Flucht, Asyl« herausgegeben.

Was kann und was sollte die Kirche tun, um Geflüchteten Schutz zu geben? Welche besondere Verantwortung hat die Kirche?
Ilse Junkermann: Kirche hat die besondere Verantwortung für das, was ihr anvertraut ist: das Evangelium von Gottes freier Gnade für alle Menschen und die Hoffnung auf Gottes kommendes Reich der Gerechtigkeit und des Friedens. Die Kirche lebt von und durch die Menschen, die – vom Evangelium angerührt und von solcher Hoffnung bestärkt – genau dafür jeweils an ihrem Ort eintreten und andere dafür werben. Dafür hat sie in der Regel an jedem Ort öffentliche Räume, die sie für Begegnungen und Diskussionen für Flüchtlingsinitiativen zur Verfügung stellen beziehungsweise diese dazu einladen kann. Eine besondere Verantwortung liegt auch darin, dass ihr, auch in minderheitskirchlichen Situationen, zugebilligt wird, dass sie ihre Stimme öffentlich laut werden lässt, weil »Nächstenliebe Klarheit verlangt«. Ihr wird auch zugebilligt, dass sie damit nicht um politische Macht konkurriert, sondern für Menschenrechte und -würde eintritt. Und schließlich kann sie deutliche Zeichen setzen, ja sogar mit konkretem Engagement wie etwa dem Rettungsschiff der EKD so lange anstelle des Staates (oder des Gemeinwesens) handeln, bis dieser beziehungswiese diese selbst seine beziehungsweise ihre Aufgabe wahrnimmt, der größten Not abhilft und zu politischen Lösungen findet, die diesen Namen verdienen. Dafür wird sie sich mit all jenen verbünden, die die gleichen Werte und Ziele verfolgen.

Wie versucht ASF auf politische, kirchliche und gesellschaftliche Debatten Einfluss zu nehmen?
Jutta Weduwen: ASF hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer wieder für den Schutz und die Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt und die besondere Verantwortung Deutschlands eingefordert, Menschen Asyl zu gewähren und das Recht auf Asyl nicht einzuschränken, wie es leider immer wieder passiert ist. Durch Kampagnen, Pressemitteilungen, Publikationen und Veranstaltungen stehen die Rechte und die Teilhabe von Menschen mit Fluchtgeschichten immer wieder im Mittelpunkt. Um einige zu nennen: Beim Kirchentag in Dresden initiierte ASF 2011 eine erfolgreiche Unterschriftenkampagne »Da wird Dein Herz auch bleiben«, die den Stopp von Abschiebungen von Rom*nja einforderte. In einer gemeinsamen Erklärung mit Gewerkschaften, Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen forderte ASF im September 2013 »Keine rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge!«, sie fand auf der Titelseite der *Süddeutschen Zeitung* Erwähnung. Mit Buttons, Unterschriftenaktionen und Armbändern setzte ASF sich dann beim Kirchentag in Stuttgart 2015 unter dem Slogan »Wir sind viele – für das Recht zu kommen und zu bleiben« für den Schutz und die Aufnahme von Geflüchteten ein. Die *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus* (BAG K+R) hat kürzlich einen Flyer herausgegeben, der die Mechanismen und das Ausmaß von Diskriminierung gegenüber Geflüchteten beschreibt. Diese Informationen richten sich an Kirchengemeinden und die interessierte Öffentlichkeit. Und last but not least dient genau dieses *zeichen* der wichtigen und notwendigen Beschäftigung mit dem Thema »Menschen auf der Flucht«.

Ilse Junkermann ist seit 2019 Leiterin der Forschungsstelle »Kirchliche Praxis in der DDR. Kirche (sein) in Diktatur und Minderheit« am Institut für Praktische Theologie in Leipzig. Davor war sie Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Pfarrerin und Oberkirchenrätin in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Sie ist seit langem in der Friedens- und in der Asylarbeit engagiert. Seit Oktober 2020 ist Ilse Junkermann Vorstandsvorsitzende bei *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

Jutta Weduwen ist Soziologin und seit 2012 ASF-Geschäftsführerin. Sie ist unter anderem Mitglied im Sprecher*innenrat der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus* sowie im Vorstand von XENION – *psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte*.

Ute Brenner, Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

Menschen demonstrieren in Amsterdam gegen Rassismus und dafür, geflüchtete Menschen willkommen zu heißen.

Das *Jeannette Noëlhuis* – ein Zuhause für Menschen mit oder ohne Papiere

»Menschen auf der Flucht« oder wie andere sagen: »Flüchtlinge« – nicht selten können in Deutschland simple Worte wie diese ein regelrechtes Feuer an kontroversen und polarisierenden Diskussionen aufflammen lassen. Ich habe in den vergangenen Monaten mit geflüchteten Menschen im *Jeannette Noëlhuis* zusammengelebt, gegessen und vor allem viel gelacht.

Pia Pavelic

Das *Jeannette Noëlhuis,* mein Zuhause der vergangenen Monate, ist eine Wohngemeinschaft im Südosten Amsterdams, die versucht, Geflüchteten mit oder ohne Papiere neben einem Dach über dem Kopf auch Gastfreundschaft und ein Gefühl von Familie zu bieten. Dass sich diese Gemeinschaft, bestehend aus knapp 25 Menschen, wie eine Familie anfühlt, habe ich beim ersten Schritt über die Schwelle des Hauses gespürt.

Ich arbeite nun in der »Core Group«, einer Handvoll ehrenamtlicher Freiwilliger, die sich der Organisation des Zusammenlebens, aber auch anderen Aktivitäten wie dem politischen Aktivismus gegen Atomwaffen, Rassismus und vielem mehr widmen. Die Hilfe für die Geflüchteten wirkt oft indirekt oder gar unterschwellig, wenn man mit ihnen isst und lacht, wie selbstverständlich mit jedem anderen Menschen. Ich vermute, dass gerade darin die Unterstützung liegt. Ich möchte trotz meines eigenen Interesses nie direkt nach der Vergangenheit der Menschen fragen und finde es wichtig, dass sich solche Gespräche natürlich entwickeln:

Vor einigen Monaten habe ich einem jungen Mann aus dem Irak beim Aufbau seines neuen Schrankes geholfen und wir kamen durch Zufall ins Gespräch über die Unterschiede zwischen den Niederlanden und dem Irak. Er meinte, dass ihm nicht so recht Gemeinsamkeiten einfallen würden, es seien politische und gesellschaftliche Welten zwischen den beiden Ländern: Mir fehlten wirklich die Worte, als er zu erzählen begann, dass er für den Transport von Bier in seinem Auto nicht nur eine Geldstrafe, sondern auch eine Freiheitsstrafe und Peitschenhiebe bekam. Auf seiner Reise in die Niederlande verbrachte er eine Nacht in Berlin. Ohne Ausweispapiere befand er sich, versteckt an einem Bahnhof, in einem riesigen Zwiespalt:

Von seinem Versteck aus konnte er beobachten, wie eine Person an den Gleisen Suizid begehen wollte. Der Konflikt, die Polizei zu rufen oder seine Tarnung beizubehalten, wurde glücklicherweise gelöst, als nach einigen Minuten Hilfe kam. Nun studiert er in Amsterdam, geht arbeiten und verwirklicht sich selbst.

Eine ganz andere Geschichte: Seit Kurzem lebt eine trans Frau bei uns, die mit einer Gruppe weiterer Menschen aus Pakistan geflüchtet ist. Sie hat dort als Prostituierte gearbeitet und wurde regelmäßig missbraucht. Innerhalb von 15 Tagen ist sie zu Fuß von Pakistan bis in die Türkei gelaufen. Nun lernt sie bei uns lesen und schreiben und hat vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben einen Kreis toleranter Menschen um sich herum.

Durch genau dieses Zusammenleben mit vielfältigen Personen und deren Biografien wird man tagtäglich daran erinnert, dass jeder Mensch eine ganz individuelle Geschichte mit sich trägt. Ich hoffe, dass man durch vermehrten Kontakt immer mehr Offenheit zeigt und immer weniger Menschen Diskriminierung erfahren. Denn kein Mensch dieser Welt kann, wie es das *Jeannette Noëlhuis* proklamiert, illegal sein.

Pia Pavelic, 19 Jahre, engagierte sich bereits ehrenamtlich bei Projekten wie *Balu und Du e. V.* Sie lebt und arbeitet seit September 2020 als Freiwillige von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* in Amsterdam im *Jeannette Noëlhuis.*

Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten: Hilfe zur Selbstbestimmung

Ein Jahr nach Beginn der Pandemie ist die wöchentliche *SDCAS*-Tafel für Asylbewerber*innen in London noch immer geöffnet – zum Glück!

Clara Marnitz

Pro Tag erhalten Menschen mit laufenden Asylanträgen in Großbritannien circa 5,66 britische Pfund (das entspricht etwa 6,56 Euro). Dieser Betrag soll Kosten für Essen, Körperhygiene und Nahverkehr abdecken, das ist jedoch faktisch äußerst unrealistisch. Hinter jedem der über 80 Lebensmittelpakete, die wir wöchentlich zusammenstellen, steht ein Mensch mit einer langen und komplizierten Geschichte. Ich spreche nur mit wenigen über ihre Vergangenheit. Einerseits, weil Fluchtgeschichte auch immer mit traumatischen Erfahrungen verbunden ist, und andererseits, weil sich die meisten oft auf die prekäre Situation, in der sie sich im Hier und Jetzt befinden, fokussieren.

Manche kommen alleine zur *Food Bank,* viele Familien kommen mit ihren Kindern. Einige sind gerade erst in London angekommen, andere leben schon seit Jahren hier und warten auf eine Entscheidung der Behörden. Aufgrund ihres Immigrationsstatus haben sie weder die Erlaubnis zu arbeiten noch andere Sozialleistungen anzufordern. Deshalb ist die Arbeit von Non-Profit-Organisationen wie *SDCAS* und *Young Roots* unglaublich wichtig. Viel in unserer Arbeit dreht sich also um akute Armutsbekämpfung und Hilfsangebote für Menschen in besonderer Not, wie Essens- und Kleiderspenden.

Mindestens genauso wichtig sind jedoch die Dienstleistungen im Bereich der Beratung, die noch deutlich langfristigere Wirkungen erzielen können. Die Hauptbereiche der Beratung drehen sich um Immigration (zum Beispiel in Verbindung mit einem kostenlosen Anwaltsservice) oder um Zugang zu Bildung, einer Wohnung und finanzieller Hilfe. Es ist wichtig zu erkennen, dass es den meisten Menschen erst möglich ist, an solche Schritte zu denken, wenn fundamentale menschliche Grundbedürfnisse abgedeckt sind.

Als Freiwillige bin ich selbst nicht befugt, als Beraterin tätig zu sein, aber eine meiner Hauptaufgaben ist es zum Beispiel bei Anträgen auf finanzielle Unterstützung zu helfen. Neulich konnte ich für jemanden, der das College besucht, zusätzliche finanzielle Unterstützung durch zwei Wohltätigkeitsorganisationen erreichen. Diese decken nun die Reise- und Bücherkosten für ein gesamtes akademisches Jahr ab. Vorher hatte dieser junge Mann kaum genug Geld für Lebensmittel übrig, weil er den Großteil für andere Dinge ausgeben musste.

Gerade in meiner Arbeit mit *Young Roots,* die unbegleitete Jugendliche im Alter von elf bis 25 Jahren unterstützen, spielt die Hoffnung auf Bildung eine große Rolle. Besonders wichtig ist es, Englisch zu lernen, damit sie sich in das neue Umfeld integrieren können und selbständig werden. Obwohl den Menschen, mit denen ich zusammenarbeite, viele strukturelle Hindernisse im Weg sind, sind sie trotzdem unglaublich engagiert, bemüht und wissbegierig.

Deshalb gefällt es mir besonders, dass meine Projekte Geflüchtete aktiv in ihre Arbeit und Entscheidungsprozesse einbinden. So helfen ehemalige und aktuelle Klient*innen bei der *Food Bank* aus und bei *Young Roots* werden die jungen Leute bei der Entwicklung von neuen Jugendprojekten mit eingebunden. Denn in der Arbeit mit geflüchteten Menschen und Asylbewerber*innen geht es nicht nur um Nothilfe und Hilfe zur Selbsthilfe, sondern auch um Selbstbestimmung.

Clara Marnitz, 18 Jahre, ist ASF-Freiwillige in London. Sie engagiert sich in zwei Projekten, die mit geflüchteten Menschen und Asylbewerber*-innen zusammenarbeiten: dem *Southwark Day Centre for Asylum Seekers (SDCAS)* und *Young Roots.*

Das Meer ist nicht mehr

Ute Gniewoß

Vor einiger Zeit war ich länger auf der Insel Lesbos und arbeitete in einem kleinen Flüchtlingscamp. Dort stolperte ich beim Bibellesen über einen ganz kurzen Satz.

In der Offenbarung des Johannes steht im 21. Kapitel: »Und ich sah einen neuen Himmel und eine neue Erde; denn der erste Himmel und die erste Erde vergingen. Das Meer ist nicht mehr.« (Offb 21,1) Dieser kleine letzte Satz beschäftigt mich. Wie bedrängend und todbringend muss das Meer sein, damit seine Nichtexistenz zu einer Vision wird, zu einer beglückenden Aussicht? Wie absurd auch ist diese Vorstellung – gerade in einer Gegend, die so von der Existenz des Meeres geprägt ist? Auf der Insel Patmos gibt es einen Ort, von dem die griechisch-orthodoxe Kirche meint, dass Johannes, der Autor der Offenbarung, damals im Exil am Ende des ersten Jahrhunderts genau an diesem Ort gelebt habe und seine Visionen hatte. Wer an diesem Ort steht, sieht überall Meer. Erhöht von einem Hügel wird deutlich, wie klein die Insel ist und wie groß das Meer, das sie umgibt. Der Anblick mit dem Glitzern des Wassers und dem starken Licht lässt ahnen, dass man an diesem Ort Offenbarungen haben kann.

Freilich waren die Offenbarungen des Johannes biblisch gebildete Offenbarungen. Was er sah und was von Gott zu ihm durchdrang, stieg auch aufgrund seiner Kenntnis der biblischen Schriften in ihm auf. Damals im politischen Exil tat er alles, um den Kontakt zu seinen bedrängten und verfolgten Glaubensgeschwistern nicht abbrechen zu lassen. Seine Aussichten sollen die Verfolgten ermutigen, durchzuhalten und sie gewiss sein lassen, dass ihre treue Nachfolge ihnen am Ende der Zeit innige und unteilbare Nähe mit Gott und Christus bescheren würde. In einer bedrängten Situation sieht er, dass das Meer seine Macht verlieren wird, ja, dass es einmal nicht mehr existieren wird.

Unser Zugang zu dem Wort »Meer« ist oft ein romantisierender, verbindet sich mit kitschigen Urlaubspostkarten, mit Sonne auf nackter Haut, mit »Seele baumeln lassen« und Entspannung.

Im Jahr 2014 und 2015 erlebte ich das auf der Insel Lesbos zum ersten Mal ganz anders. Es war mir nicht möglich, das Meer zu genießen und darin zu schwimmen. Es hatte mehrere Schiffbrüche gegeben und bei den Versuchen, zu rekonstruieren, wie viele Menschen eigentlich auf diesen Schiffen beziehungsweise Booten waren, wurde deutlich, dass dies schlicht nicht möglich war. Erst durch Angaben der Überlebenden konnte in den nächsten Tagen und Wochen unvollständig geklärt werden, wie viele und welche Menschen eigentlich vermisst werden. Manche tauchten nie wieder auf.

Das Meer ist ein Ort des Todes. Biblische Autoren wussten das. Nicht nur, weil im alltäglichen Leben zum Beispiel Fischer bei Stürmen auf dem Meer umkamen, nein, das Meer galt grundsätzlich als lebensfeindlicher und ängstigender Ort, wie es zum Beispiel in den Worten des 93. Psalms deutlich wird: »Herr, die Wasserströme erheben sich, die Wasserströme erheben ihr Brausen, die Wasserströme heben empor die Wellen; die Wasserwogen im Meer sind groß und brausen mächtig; der Herr aber ist noch größer in der Höhe.« Ohne die Macht Gottes wären wir dem Meer nur ausgeliefert, wären auf Dauer verloren und vergessen. Das Meer ist ein Ort des Todes, – so wusste es Johannes und so wussten es viele Menschen aus biblischer Zeit; so hört es auch Jesus aus dem Mund seiner Jünger: »Meister, Meister, wir kommen um!« (Lk 8,24) Aber so vertrauen Juden- und Christenmenschen: Das Meer hat nicht die entscheidende Macht über uns, es tötet, aber Gott ist stärker als das Meer. Und die im Sinne Gottes handeln, können seine Macht besiegen.

Im Mittelmeer sind auf der *List of Refugee Deaths* von 1993 bis 2020 jetzt 40.555 dokumentierte Todesfälle von Geflüchteten verzeichnet, wobei davon auszugehen ist, dass Tausende nie gefunden und dokumentiert wurden. Aber all diese Toten hätten nicht auf dem Meer sterben müssen. Sie sind gestorben, weil sie keine andere Möglichkeit für sich sahen, als über das Meer nach Europa zu kommen. Es wurden keine Fähren für sie eingesetzt, weder die Weltgemeinschaft noch die Europäische Gemeinschaft fanden Wege, sie zu retten. Und wie viele Tote wären es ohne den unermüdlichen Einsatz so vieler Retter*innen, die der Macht des Meeres trotzten und Menschen in Seenot retteten?

Ohne *Mare Nostrum*, die 130.000 Menschen rettete, bevor die Mission beendet wurde, ohne die Engagierten von *Sea-Watch* zum Beispiel, die an der Rettung von rund 40.000 Menschen beteiligt waren? Ohne *United4Rescue*, ohne tausende internationale Helfer*innen, von denen nicht wenige kriminalisiert wurden – nur weil sie Leben retten wollten?

An der Uferlinie von Lesbos liegen Rettungswesten, die Geflüchtete bei ihrer Ankunft zurückgelassen haben.

In einem Gedicht der britisch-somalischen Dichterin Warsan Shire heißt es: »You have to understand, no one puts their children in a boat unless the water is safer than the land.« Aber das Sterben wird zugelassen. Nur ist es heute eben nicht einfach ein unvermeidliches Schicksal, sondern eine bewusste politische Entscheidung, Menschen auf dem Meer sterben zu lassen.

Dabei gab es schon viele Rettungsprogramme in der Geschichte, – auch wenn wir weit zurückschauen. Im Jahr 1685 wurden in Brandenburg 20.000 Flüchtlinge aufgenommen, die dann ein Drittel der damaligen Bevölkerung ausmachten. Es war eine politische Entscheidung, die hugenottische Glaubensflüchtlinge schützte und der eigenen Gesellschaft diente. Das im Edikt von Potsdam festgeschriebene Rettungsprogramm beeindruckt durch das Detailbewusstsein dafür, was für eine gelingende Flucht und Integration nötig ist. Neben vielen praktischen Vergünstigungen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Geflüchteten geschützt werden sollen und ihnen »Hilfe, Freundschaft, Liebes und Gutes erwiesen werden« soll. Um sicher ankommen zu können, wird organisiert, dass die Flüchtlinge mit Geld und Papieren ausgestattet und mit Schiffen abgeholt werden.

»Das Meer ist nicht mehr«, heißt es in der Offenbarung des Johannes. Noch aber gibt es das Meer, noch sterben Menschen jeden Tag im Meer. Und darüber hinaus gehen Menschen an Land zugrunde, werden eingesperrt oder ohne Hilfe den Wassermassen und der Kälte in Moria 2 oder Lipa überlassen. Wenn wir als Christenmenschen von der Vision des Johannes her leben wollen, wenn wir weiterhin glauben, dass unser Gott größer ist, größer als das todbringende Meer, dann werden wir weiter das Unsere zur Bewährung dieser Wahrheit beitragen. Gott ist größer als nationale Egoismen und die daraus resultierende Abschottungspolitik. Das Meer ist nicht mehr – auch weil wir mit vielen anderen auf der Erde Geflüchtete abholen, einladen und ihnen die Unterstützung gewähren, die sie brauchen, um ein neues Leben in Würde beginnen zu können. Amen.

Ute Gniewoß ist Pfarrerin in der Evangelischen Kirchengemeinde Heilig Kreuz-Passion in Berlin. Seit 2014 ist sie jedes Jahr einige Wochen mit der griechischen Initiative *Lesvos Solidarity* auf der Insel Lesbos als Freiwillige tätig.

Widad Nabi

Ich bin in eine zerbrochene Sprache geboren.
Sie schmeckt bitter
und brennt in der Kehle wie Hasch.

Sag mir,
was soll eine heile Sprache nutzen
in einem Land, das schon uns Kindern das Plappern auf Kurdisch verbot?
Eine Sprache saugen wir mit der Muttermilch auf.
Doch das wissen die Diktatoren nicht.
Eine Sprache braucht dir nicht mit dem Stock
die Knochen deiner kleinen Hände zu brechen,
damit du sie richtig artikulierst.
Aber die Lehrer dort
verstanden das nie.

Sag mir noch,
wie hätten wir uns in eine Sprache verlieben sollen,
wo sich doch Hunderte von uns am ersten Schultag nassmachten,
weil wir einen klaren und simplen Satz wie
»Ich muss zur Toilette« noch nicht auf Arabisch beherrschten.
Wir machten uns in die Hosen aus Furcht vor einer Sprache, mit der wir noch keine Freundschaft geschlossen hatten,
zerbrachen an einer Sprache, die nicht die unsere war,
in der wir als Erstes Spott und Verachtung hörten,
zerbrachen zugleich an unsrer Muttersprache, weil sie uns nicht vor der Schande bewahrte.
Tatsächlich
lernt der Mensch in einer Fremdsprache noch rascher zu zerbrechen
als in seiner eignen.

Das wurde uns klar.
Denn die neue Sprache
machte uns zu kleinen nassen Käfern,
die bang und voll Scham in der Schulbank hockten
und die Aussprache von th und s nicht unterscheiden konnten.
Weißt du,
wie viele Ohrfeigen ich einstecken musste,
weil ich das th nicht richtig artikulierte?
Ach, heute ist das nicht mehr wichtig.
Heute bin ich vierunddreißig
und lese Gedichte noch immer auf meine gebrochene Art.
Was ändert es denn, ob man th oder s spricht?
Durchzucken doch beide die Sprache als Schmerz,
durchzucken als Schmerz dein Gedächtnis,
als Schmerz vom Geschrei deines Lehrers,
während du Rotz und Tränen hinunterschlucktest
und eine fremde Sprache übtest, die dir deine kleinen Knochen zermalmte.
Viele Jahre später verfügte ich
über zwei zerbrochene Sprachen:
Meine Muttersprache, die ich nicht lernen durfte,
und die andere, die man uns mit Furcht und Zwang in der Schule beibrachte.
Was soll man von einem Baum mit gebrochenem Ast
denn anderes erwarten,
als dass er einen gebrochenen Schatten wirft?

Als wir erwachsen waren,
wurden wir aus unseren Städten vertrieben
wie als Kinder aus unsrer Sprache,
und das ist das Gleiche, glaub mir.

In unseren schönen Exilen lernten wir neue Sprachen.

Mein Part war das Deutsche.
Eine Mischung aus Lauten, die das Leben traktiert hat,
bis sie äußerst verzwickte Formen annahmen.
Manchmal sage ich das Wort »Mühe«
und sehe Unverständnis
im Gesicht meines Gegenübers,
denn ich spreche das ü wie ein u.
Wer mich hört, weiß nicht,
wie sehr ich mich von morgens bis abends plage,
um den Unterschied deutlich zu machen.
Die Albträume meiner Kindheit kehren wieder,
in böser und brenzliger Lage
weine ich, rufe um Hilfe,
aber kein Wort dringt aus meinem Mund.
Im Traum verliere ich sämtliche Sprachen,
die ich beherrschte.
Statt Lauten kommt nur heiße Luft.
Erschrocken wache ich auf, und jedes Mal
sind die Laken schweißnass.
Die zerbrochenen Sprachen stecken in meiner Kehle fest,
die Buchstaben, die ich nicht aussprechen kann, schneiden sich mit ihren Kanten ein,
wollen nicht heraus,
weigern sich zu vergeben …

In der Bahn sagte eine Frau zu mir:
Sie sprechen wie eine Ausländerin!
Versuchen Sie, es besser zu machen!
Ich stammelte nur: Ja. Sie haben recht.
Doch was ich ihr hätte sagen wollen,
war dies:
Mein Deutsch wird gebrochen bleiben
wie ich.
Es bleibt die Sprache einer Ausländerin
wie ich.
Doch ich werde auf Deutsch Rilkes Gedichte lesen,
als wären sie mein Zuhause.
Die Sprachen, die ich seit meiner Kindheit lernte,
waren ein Gemenge,
dem das erfahrene Leid beigemischt war –
Strenge
Armut
Hunger
und Furcht.

Du musst mir glauben,
keine meiner Sprachen wird je so klare Konturen haben, dass ich mit ihnen prahlen könnte wie eine glückliche Bürgerin dieser Welt.

Es ist schade,
dass wir nie eine Sprache glanzvoll beherrschen werden,
nie fähig sein werden, in einer intakten Sprache zu träumen,
nie auf dem Bahnhof plaudern werden, ohne dass jemand auf unsere seltsame Art zu reden verweist.
Denn so wie wir selbst sind all unsere Sprachen zerbrochen.
Als wären sämtliche Züge der Welt darüber hinweggefahren
und wir hätten sie dann hervorgezerrt,
um uns damit zu artikulieren.
Als mache ein Bruch die Sprache erst schön.

Erstveröffentlicht auf www.weiterschreiben.jetzt, ein Projekt von WIR MACHEN DAS e. V. in Kooperation mit dem Deutschen Literaturfonds und der *Allianz Kulturstiftung*, gefördert von der *Fondation Jan Michalski*. Übersetzt aus dem Arabischen von Christine Battermann.
Weitere Angaben zur Autorin auf Seite 46.

»Menschen auf der Flucht« in Literatur und Lyrik

DIE AUTOR*INNEN DER GEDICHTE IN DIESEM ZEICHEN

Mascha Kaléko, geboren 1907, veröffentlichte mit 22 Jahren ihre ersten Gedichte. Die Nationalsozialisten verboten ihre Bücher 1935. Kaléko ging 1938 in die USA ins Exil, 1959 wanderte sie nach Israel aus.

Mascha Kaléko – Mein Lied geht weiter: Hundert Gedichte, hrsg. von Gisela Zoch-Westphal, dtv 2007
Mascha Kaléko – Sei klug und halte dich an Wunder, hrsg. von Gisela Zoch-Westphal und Eva-Maria Prokop, dtv 2013

Widad Nabi, 1985 in Kobani (Syrien) geboren, floh 2015 nach Deutschland und lebt heute in Berlin. Die kurdisch-syrische Lyrikerin und Autorin absolvierte einen Bachelor in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Aleppo. Sie hat für zahlreiche Zeitschriften und Zeitungen geschrieben. 2020 war sie Stadtschreiberin von Rheinsberg.

Widad Nabi – Kurz vor dreißig, ...küss mich, Sujet Verlag 2019, aus dem Arabischen von Suleman Taufiq

Quelle des Gedichts im Heft:
Erstveröffentlicht auf www.weiterschreiben.jetzt, ein Projekt von WIR MACHEN DAS e. V. in Kooperation mit dem Deutschen Literaturfonds und der Allianz Kulturstiftung, gefördert von der Fondation Jan Michalski. Übersetzt aus dem Arabischen von Christine Battermann.

Bertolt Brecht, geboren 1898, ist einer der einflussreichsten deutschen Dramatiker und Lyriker des 20. Jahrhunderts. 1933 ging Brecht ins Exil und lebte in Frankreich, Dänemark, Schweden, Finnland und den USA, bevor er 1948 nach Deutschland zurückkehrte. Er starb 1956 in Ost-Berlin.

Bertolt Brecht – Die Gedichte, hrsg. von Jan Knopf, Suhrkamp Verlag 2000

Hilde Domin, geboren 1909 in Köln, war eine deutsche Autorin, Dichterin und Essayistin. 1932 zog sie nach Italien und floh von dort 1939 über Paris und London in die Dominikanische Republik. Sie kehrte 1954 nach Deutschland zurück und starb 2006 in Heidelberg.

Hilde Domin – Gesammelte Gedichte, S. FISCHER Verlag 1987

Else Lasker-Schüler, geboren 1869, gehörte mit ihren Gedichten, Prosatexten, fantastischen Textcollagen/Romanen, Stücken, Lesungen und performativen Auftritten zur Avantgarde der Moderne und des Expressionismus in der Literatur. Sie emigrierte 1933 in die Schweiz, 1939 reiste sie nach Palästina und blieb dort. 1945 starb sie und wurde auf dem Ölberg in Jerusalem begraben.

Else Lasker-Schüler – Sämtliche Gedichte, FISCHER Taschenbuch 2016

BUCHEMPFEHLUNGEN

Kim Thúy – Der Klang der Fremde, Verlag Antje Kunstmann 2010, aus dem Französischen von Andrea Alvermann und Brigitte Große

Die zehnjährige Kim flieht mit ihrer Familie als Bootsflüchtling aus Vietnam. Nach Zwischenstopps in überfüllten Flüchtlingslagern gelangt sie nach Kanada. Der Roman bewegt sich in einem Zeitraum von drei Jahrzehnten: die Erinnerungen an die Kindheit in Vietnam, die Flucht, das Ankommen und Leben in Kanada. Dort begegnet sie wohlwollenden und manchmal sonderbaren Flüchtlingshelfer*innen, gläsernen Decken in den Institutionen der Bildung, Großfamilienbanden und dem Wunsch der Eltern, dass die Kinder es einmal besser haben. Der Roman ist sinnlich und doch unprätentiös, voller großartiger Beobachtungsgabe, Humor und Liebe.

Olga Grjasnowa – Gott ist nicht schüchtern, Aufbau Verlag 2017

Olga Grjasnowa, die 1996 als so genannter Kontingentflüchtling aus Aserbaidschan nach Deutschland einwanderte, beschreibt in ihrem dritten Roman die Fluchtgeschichte zweier junger Syrer*innen: der Schauspielerin Amal und des Arztes Hammoudi. Der Roman beginnt in den ersten Tagen der Revolution, die mit Hoffnung und Aufbruch verbunden war, gefolgt von Repressionen und Krieg und der lebensgefährlichen Flucht über das Mittelmeer. Hammoudi und Amal begegnen sich Jahre später in Berlin. Das Buch kann Leser*innen etwas unschlüssig zurücklassen, was auch daran liegt, dass die Protagonist*innen nicht unbedingt sympathisch sind – eigentlich eine Stärke des Romans.

Iris Wolff – Die Unschärfe der Welt, Klett-Cotta 2020

Eine deutsch-rumänische Familiengeschichte, die sieben Personen und drei Generationen miteinander verbindet. Dem Sohn der Familie gelingt die Flucht in den Westen und erst Jahre später kann er nach der Wende zu seinen Eltern zurückkehren. Die Familiengeschichte verbindet das Leben in einem deutschsprachigen Pfarrhaus im Banat, die zunehmenden Repressionen durch die Securitate und die Perspektivlosigkeit mit einer feinfühligen Beschreibung ganz besonderer Charaktere, die still und aufmerksam miteinander leben und sich in ihren Besonderheiten sein lassen.

Saša Stanišić – Herkunft, btb 2020

Saša Stanišić schreibt: *»Herkunft« ist ein Buch über meine Heimaten, in der Erinnerung und der Erfindung. Ein Buch über Sprache, Schwarzarbeit, die Stafette der Jugend und viele Sommer. Den Sommer, als mein Großvater meiner Großmutter beim Tanzen derart auf den Fuß trat, dass ich beinahe nie geboren worden wäre. Den Sommer, als ich fast ertrank. Den Sommer, in dem Angela Merkel die Grenzen öffnen ließ und der dem Sommer ähnlich war, als ich über viele Grenzen nach Deutschland floh. »Herkunft« ist ein Abschied von meiner dementen Großmutter. Während ich Erinnerungen sammle, verliert sie ihre.«*

Ein gutes und liebevolles Buch des Trägers des Deutschen Buchpreises, der beinahe abgeschoben wurde.

Ronya Othmann – Die Sommer, Carl Hanser Verlag 2020

Der Vater von Leyla wächst in einem Dorf in Syrien nahe der türkischen Grenze auf, seine Familie ist kurdisch-jesidisch, sie hat den Status der Staatenlosen. Nach politischer Verfolgung und Folter gelingt ihm in den 1980er Jahren die Flucht über die Türkei nach Deutschland, wo er viele Jahre auf eine Anerkennung warten muss. Leyla verbringt alle Sommerferien bei den Großeltern und Verwandten in Syrien, bis diese Reisen nach Ausbruch des Krieges nicht mehr möglich sind. Die Familie kann den Krieg und die brutale, menschen- und frauenverachtende Verfolgung der Jesid*innen rund um die Uhr mit nachvollziehen. Gleichzeitig beginnt Leyla ihr Studium in Leipzig, führt eine Beziehung mit einer Frau und … findet keine Worte, den neuen Menschen in ihrem Leben über ihre Familiengeschichte zu erzählen. Ronya Othmann schreibt klar, unaufdringlich und bildstark. Im Mittelpunkt stehen ganz besondere Menschen, die Leyla begleiten.

WEITERE EMPFEHLUNGEN

The Poetry Project – Gedichte von Flucht und Ankommen

Das 2016 gegründete Projekt sammelt Gedichte und Essays aus Schreibwerkstätten, die sich an Menschen mit und ohne Fluchtgeschichten richten. **thepoetryproject.de**

We Refugees Archive

Das We Refugees Archive ist ein digitales Archiv zu Flucht in Vergangenheit und Gegenwart. Im Mittelpunkt stehen individuelle Schicksale und der Mikrokosmos Stadt als Ort der Zuflucht und des Neuanfangs. **we-refugees-archive.org**

Quelle: Mascha Kaleko – Sei klug und halte dich an Wunder, hrsg. von Gisela Zoch-Westphal und Eva-Maria Prokop, dtv 2013
Weitere Angaben zur Autorin auf Seite 46.

Mascha Kaléko

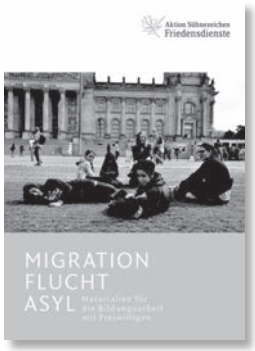
Die Nacht,
In der
Das Fürchten
Wohnt
Hat auch
Die Sterne
Und den
Mond.

Digitale ASF-Jahrestagung am 12. Juni 2021

Auch dieses Jahr freuen wir uns, mit Ihnen und Euch im Juni zur diesjährigen ASF-Jahrestagung zusammenzukommen. Digital und gleichzeitig interaktiv, wollen wir uns vertieft dem ASF-Zweijahresthema Gender* widmen. Maureen Maisha Auma wird über intersektionale Gerechtigkeit sprechen. In Workshops werden die aktuellen Ereignisse in Polen und Belarus thematisiert und es wird ein Zeitzeuginnengespräch mit einer Shoah-Überlebenden stattfinden.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es ab Mai unter www.asf-ev.de/jahrestagung.

ASF-Publikationen zum Thema Flucht



MIGRATION, FLUCHT, ASYL – ASF-MATERIALIEN FÜR DIE BILDUNGSARBEIT

In den vergangenen Jahren haben die Themen Migration, Flucht und Asyl die politischen Debatten in Europa geprägt und unsere Gesellschaft in Bewegung gebracht. Fragen zu Migration, Flucht und Asyl sind hochaktuell und erfordern sachliche und differenzierte Antworten, um ein breites Verständnis zu ermöglichen und gesellschaftlichen Vorbehalten und Vorurteilen gegenüber Geflüchteten entgegenzuwirken.

Mit dieser Materialsammlung möchten wir die Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht und die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen unterstützen. Die vorgestellten Methoden können in der Bildungsarbeit für die Vorbereitung und Begleitung von Freiwilligen verwendet werden, sie eignen sich auch für das gemeinsame Lernen und Diskutieren mit Jugendlichen und Erwachsenen außerhalb von Freiwilligenprogrammen.

Hier finden Sie das ▸ PDF der Publikation auf unserer Internetseite oder scannen Sie den QR-Code, um zur digitalen Ausgabe zu gelangen

BIOGRAFISCHE BETRACHTUNGEN VON GEFLÜCHTETEN AUF DIE NATIONALSOZIALISTISCHE GESCHICHTE

Eine Publikation des Arbeitsbereichs »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

In Seminaren mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste setzen sich Menschen, die kürzlich nach Deutschland geflohen sind, mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinander. In dieser Publikation erzählen fünf Teilnehmer*innen unserer Seminarreihen ihre Geschichte und schildern ihre Perspektiven auf die deutsche Geschichte. Sie gewähren uns Einblicke in ihre Biografien, in ihr Leben vor der Flucht und in die Zeit des Ankommens in Deutschland.

Hier finden Sie das ▸ PDF der Publikation auf unserer Internetseite oder scannen Sie den QR-Code, um zur digitalen Ausgabe zu gelangen

HANDREICHUNG: DISKRIMINIERUNG GEGENÜBER GEFLÜCHTETEN

Die Handreichung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus über »Diskriminierung gegenüber Geflüchteten« ist Teil einer Informationsreihe im Flyer-Format, die Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung thematisiert. Ein Augenmerk der Handreichung liegt auf dem Thema Rassismus und wie er von Geflüchteten erlebt wird und welche Konsequenzen er auf ihr Leben in Deutschland hat. Darüber hinaus wird besprochen, wie sich Bibel, Theologie und Kirche auf dieses Thema beziehen und welche Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Diskriminierung gegenüber Geflüchteten offen stehen.

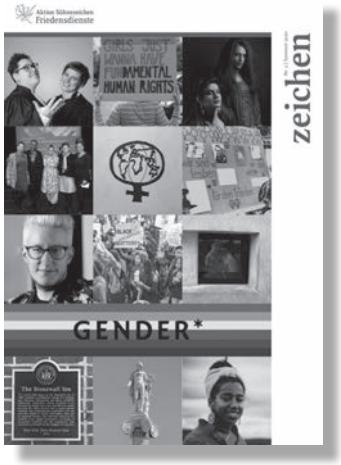
Hier finden Sie das ▸ PDF der Publikation oder scannen Sie den QR-Code, um zur digitalen Ausgabe zu gelangen

Lesen Sie auch die jüngsten Ausgaben des *zeichen*:

RASSISMUS IN UNSERER GESELLSCHAFT

Dieses Heft richtet den Blick insbesondere auf das Phänomen des Anti-Schwarzen Rassismus, der auch die Geschichte Deutschlands prägt. Hadija Haruna-Oelker thematisiert in einem Beitrag die neue Rassismus-Debatte seit dem Tod von George Floyd. Ibo Muthweiler macht einen Rückblick auf dreißig Jahre rechtsextremer Gewalt. In zwei Beiträgen wird die Debatte um den Postkolonialismus-Forscher Achille Mbembe beleuchtet.

Hier finden Sie das ▸ PDF des *zeichen* auf unserer Internetseite oder scannen Sie den QR-Code, um zur digitalen Ausgabe zu gelangen



GENDER*

In dieser Ausgabe widmen wir uns einer Bandbreite aktueller und historischer Genderthemen. Maureen Maisha Auma setzt sich im Leitartikel mit Fragen der Intersektionalität auseinander. Biografische Einblicke geben uns zwei lesbische Pfarrerinnen, queere Geflüchtete und ein trans Mann. Beiträge aus unseren Partner*innenländern erweitern das Bild. In einem Glossar werden Begriffe erklärt, die zunehmend Verwendung finden wie Gender, LGBTIQ*, nonbinär und queer.

Hier finden Sie das ▸ PDF des *zeichen* auf unserer Internetseite oder scannen Sie den QR-Code, um zur digitalen Ausgabe zu gelangen

75 JAHRE KRIEGSENDE

Dieses Heft rückt Menschen in den Mittelpunkt, die die Nachwirkungen der nationalsozialistischen Vergangenheit noch immer in sich tragen: so wie Rozette Kats, die in einem bewegenden Interview von ihrer jahrzehntelangen Suche nach ihrer eigenen Identität berichtet. Wir richten den Blick auch auf Menschen und Gruppen, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden und bis heute wenig Anerkennung und Entschädigung erhalten haben wie die Minderheit der Sint*ezze und Rom*nja und die griechischen Opfer nationalsozialistischer Verbrechen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage, welche Bedeutung Digitalisierung und Künstliche Intelligenz in der Erinnerungskultur zum Holocaust haben können.

Hier finden Sie das ▸ PDF des *zeichen* auf unserer Internetseite oder scannen Sie den QR-Code, um zur digitalen Ausgabe zu gelangen

Ich möchte Gutes tun!

Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2001

Aktionscode
Zi20B03

Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/de/engagiere-dich/mitglied-werden/

Ich überweise selbst!

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
BIC: BFSWDE33BER | IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

ASF Gläubiger-Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Oder faxen an: 030 28 395 135 oder per E-Mail an spende@asf-ev.de

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/

Mit Ihrer Spende unterstützen Sie unsere Arbeit mit Geflüchteten!

AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE...

... bietet Bildungsprogramme mit Menschen mit Fluchtgeschichte im Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« an.
... veröffentlicht Materialien für die Bildungsarbeit zum Themenfeld »Migration, Flucht, Asyl«.
... macht Kampagnen und veröffentlicht Publikationen zur Unterstützung von Geflüchteten.
... unterstützt und berät Willkommens-Initiativen.

HIER ENGAGIEREN SICH ASF-FREIWILLIGE:

- Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e. V. (Deutschland)
- Southwark Day Centre for Asylum Seekers, London (Großbritannien)
- Terem Tachana Merkazit, Tel Aviv (Israel)
- Stem in de Stad, Haarlem (Niederlande)
- Jeannette Noëlhuis, Amsterdam (Niederlande)
- Doroga k domu, Projekt in der Odessa-Stiftung, Odessa (Ukraine)

▸ JETZT SPENDEN!

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma
ASF e.V.

IBAN
DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
BFSWDE33BER

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:
Zi21B01

ggf. Stichwort

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zur Kontoinhaber*in/Zahler*in: Name, Vorname/Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE 06

SPENDE

Datum

Unterschrift(en)

Beleg/Quittung für die Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger*in

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80/10117 Berlin

IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 200 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel